ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT EURO 3,5

NUMMER 48 FRÜHJAHR 2006

DIE TÜRKEI IN EUROPA

ZAG



INHALT

EDITORIAL

KULTURLOS

... Fragebögen für EinbürgerungskandidatInnen, Mohammed-Karikaturen, Deutschpflicht auf den Schulhöfen, die Filme »Tal der Wölfe« und »Knallhart« – es ist so einiges los in der letzten Zeit. Das wichtigste dabei: Kultur. Der Schwung dieser ganzen Debatten sollte wirklich ausgenutzt werden, um endlich der Wahrheit wieder Gerechtigkeit zukommen zu lassen. Es gibt verschiedene Menschen! Gerade »die Linken« tun sich da traditionell doch manchmal schwer. Aber es wird! Die Erkenntnis, dass es Leute gibt, die anders sind, war schon immer ein schöner Schritt in die richtige Richtung: Die Anderen eben. Die zeitgemäße Formulierung dafür: Eine andere Kultur. Daraus lässt sich doch was machen! Kultur ist doch schön. Was gibt's denn da auszusetzen. Ein klein wenig unscharf der Begriff, aber das macht ihn nicht weniger wertvoll – ganz im Gegenteil: Kampf der Kulturen klingt schon irgendwie besser als Rassenkampf – das haben wir wirklich hinter uns, also wirklich!

Bleiben noch kleinere Details: Der dezente Charme der Schulhofdebatte zum Beispiel. Das Szenario? Verantwortungsbewusste Politiker, vorwiegend dem christ-sozialdemokratischen Lager zuzurechnen, sorgen sich um die Zukunftsperspektiven von Kindern nicht deutschsprachiger Eltern. Problem erkannt – Problem gebannt! Gelöst durch deutschsprachliche Virtuosität, erworben in vielfältiger und ausdrucksreicher Kommunikation mit anderen Pubertierenden auf den Schulhöfen. Auch die allseits diskutierte Ghettoisierung dieser Jugendlichen ist damit endlich wirkungsvoll durchbrochen und der Grund ihrer Arbeitslosigkeit beseitigt. Und wieder droht eine bahnbrechende Erkenntnis, das Ei des Kolumbus, an bornierten Mäkeln der üblichen Verdächtigen zu scheitern.

Aber wirklich immer ein Haar in jeder Suppe findend,
Eure ZAG

Nachtrag zur ZAG 47 *Produktionen des Westens* Dank unseres üblichen redaktionellen Chaos ist uns der Hinweis auf Nachdruck des Artikels von Aram Ziai *Imperiale Repräsentationen. Vom kolonialen zum Entwicklungsdiskurs* durch die Lappen gegangen. Der Artikel ist vorher von der *iz3w* redigiert und veröffentlicht worden.

AKTUELL

BUNDESWEHR IM INNEREN – DIE WM-OPTION

CHRISTIAN SCHRÖDER

DER MÖGLICHE EINSATZ DER BUNDESWEHR IM INLAND ZUR FUSSBALL-WELTMEISTERSCHAFT WIRD SEIT MONATEN INTENSIV DISKUTIERT. DABEI IST DIE DEBATTE, DIE REGELMÄSSIG, HAUPTSÄCHLICH VON UNIONS-POLITIKERINNEN, ANGESTOSSEN WIRD, KEINESWEGS NEU

»GEFAHRENABWEHR«

Wolfgang Schäuble und andere Hardliner der Union, wie der stellvertretender Fraktionsvorsitzende Wolfgang Bosbach und die Länderinnenminister Jörg Schönbohm und Günther Beckstein, hatten in den letzten Wochen und Monaten wiederholt gefordert, die Bundeswehr zur »Gefahrenabwehr« während der Fußball-WM im Inneren einzusetzen. Die Begründungen des Militäreinsatzes variierten zwischen randalierenden Hooligans, überforderten Polizeikräften,Terrorismus,Karikaturenstreit und so weiter. Dabei geht es um mehr als die Sicherung von Fußballstadien. Den BefürworterInnen schwebt ein an das US-Modell angelehntes »Heimatschutzkonzept« vor. Ein solches Modell, das die Befugnisse der Streitkräfte enorm ausweiten würde, wurde als Ziel in einem internen Strategiepapier der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Fraktion von Februar 2005 formuliert.[1] Seit inzwischen zwanzig Jahren fordert Wolfgang Schäuble in regelmäßigen Abständen den Inlandseinsatz der Bundeswehr. 1985 wollte der damalige und heutige Innenminister den Bonner Weltwirtschaftsgipfel gegen mögliche Anschläge aus der Luft durch die Bundeswehr schützen. 1994 begannen er und andere Unions-PolitikerInnen wie Manfred Kanther, bestärkt durch die Legitimation der Auslandeinsätze der Bundeswehr durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, erfolglos eine erneute Debatte um den Inlandseinsatz.[2]

POLITISCHE DURCHSETZBARKEIT

Bei allen Parteien im Bundestag stoßen die aktuellen Vorschläge aus Teilen der Union auf Ablehnung. Schäubles scharfe Rhetorik und seine Verbissenheit ermöglichen es sogar der SPD, sich nach der Ära Otto Schilys als Bewahrerin eines »liberal-demokratischen Rechtsstaates« zu inszenieren. Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPolG) und die Gewerkschaft der Polizei (GdP) lehnen den Bundeswehr-Einsatz ebenfalls ab, allerdings weniger aus rechtsstaatlichen Bedenken als aus Furcht um Konkurrenz. Die Übernahme polizeilicher Aufgaben im Inland durch das Militär könnte sich bei der Finanzmittelvergabe negativ auswirken und die Position der Polizeigewerkschaften etwa bei Arbeitszeitverhandlungen schwächen. Der Bundeswehr-Verband steht einem möglichen Inlandseinsatz zwar nicht grundsätzlich ablehnend, aber doch verhalten gegenüber.

VERFASSUNGSÄNDERUNG

Das Grundgesetz erlaubt derzeit den Einsatz von Streitkräften im Inneren im Falle eines »Inneren Notstands«, zur Katastrophenhilfe und im Rahmen der Amtshilfe. Für den ausgedehnten Bundeswehr-Einsatz als »Hilfspolizei« ist eine Verfassungsänderung mit 2/3-Mehrheit im Bundestag notwendig. Diese ist zwar derzeit nicht gegeben, jedoch hat sich längst auf anderen Wegen eine regelmäßige Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste auf verschiedenen Ebenen entwickelt, die von gegenseitiger Ausbildung bis zu Unterstützungsmaßnahmen bei Einsätzen reicht und die formale Trennung in »innere« und »äußere« Sicherheitsdienste unterläuft.

»TECHNISCHE AMTS- UND KATASTROPHENHILFE«

Nach Artikel 35 Grundgesetz (Rechts- und Amtshilfe; Katastrophenhilfe) kann ein Bundesland schon jetzt bei einer »Naturkatastrophe« oder einem »besonders schweren Unglücksfall« die Streitkräfte zur Unterstützung der zivilen Katastrophenhilfe (Technisches Hilfswerk, Rotes Kreuz und so weiter) anfordern. Im »Katastrophengebiet« ist die Bundeswehr im Rahmen der »Amtshilfe« dann berechtigt, Polizei, Katastrophenschutz und Behörden zu unterstützen. Auf dieser inzwischen sehr weit ausgelegten Rechtsgrundlage ist es parteiübergreifend unstrittig, dass bei »Naturkatastrophen« die Bundeswehr schon jetzt vielfältig im Inneren eingesetzt wird. So waren im Juli

und August 1997 etwa 30.000 SoldatInnen zur Eindämmung der Oder-Flut im Einsatz,[3] 44.000 bei der »Jahrhundertflut« an Elbe und Donau im Sommer 2002. Im Februar diesen Jahres halfen in Bayern mehrere Hundert SoldatInnen, den Schnee von den Einsturz gefährdeten Dächern zu schippen. Zuletzt waren etwa 300 Bundeswehrangehörige (darunter ABC-Spezialkräfte) auf Rügen damit beschäftigt, Tierkadaver aufzusammeln, die Sperrzone zu bewachen und Desinfektionsmaßnahmen durchzuführen, um die Ausbreitung der Vogelgrippe zu verhindern.[4] Ob die Streitkräfte für solche Maßnahmen überhaupt geeignet sind und ob diese Einsätze nicht zu einer Militarisierung der zivilen Katastrophenhilfe führen, wird dabei gar nicht mehr diskutiert. Auch bei den Katastrophenschutzübungen für die WM ist die Bundeswehr standardmäßig beteiligt. Diese Einsätze erweisen sich als hervorragende Gelegenheiten, das Image des Militärs aufzupolieren: SoldatInnen erscheinen in der medialen Darstellung als spezialisierte, professionelle »zivile« Fachkräfte in Uniform. Hier wird ein nicht-kriegerisches soldatisches Bild konstruiert. Die Assoziation von SoldatInnen mit Krieg verschwindet. Die Bundeswehr wird so gesellschaftlich breit akzeptabel und schafft sich auch eine nicht-kriegerische Daseinsberechtigung.

Anfang Februar 2006 wurde bekannt, dass bereits über hundert Anträge von Bund und Ländern beim Verteidigungsministerium auf Unterstützung durch die Bundeswehr während der Fußball-WM gestellt wurden. Sie wurden bereits in der ersten Januarwoche genehmigt. Insgesamt 2.000 SoldatInnen werden während der WM vielfältige »Amtshilfe« leisten. Am Spielort Kaiserslautern wird ein Rettungszentrum mit dem Schwerpunkt Notfallchirurgie eingerichtet, in dem SanitätssoldatInnen ihren Dienst verrichten. Die Bundeswehr leistet logistische Hilfe und stellt bundesweit Unterkünfte für ungefähr 5.900 Einsatzkräfte von Polizei und Hilfsdiensten in etwa 40 Gebäuden zur Verfügung. Sie wird täglich 150.000 Mahlzeiten für Sicherheitskräfte und HelferInnen kochen. Zudem sind ABC-Spezialkräfte im Einsatz, die vor Angriffen mit atomaren, biologischen und chemischen Waffen schützen sollen. Dies allein wird fünf Millionen Euro kosten.[5] Beschlossen und unumstritten ist auch der Einsatz von AWACS-Aufklärungsflugzeugen zur Luftraumüberwachung während der WM, deren Aufbietung inzwischen weitgehend zum Standard der »Terrorabwehr« bei wichtigen Ereignissen zählt. Bereits der (neue) Papst und der US-Präsident konnten auf ihren Deutschlandbesuchen 2005 in Köln und Mainz durch den Einsatz der Jets sicher schlafen.

ABORDNUNG VON SOLDATINNEN UND LUFTSICHERHEITSGESETZ

Die Bundeswehr wird während der Fußball-WM aller Voraussicht nach keinen – wie von Unions-PolitikerInnen geforderten – Objektschutz oder andere polizeilichen Aufgaben im Inland übernehmen, was das Grundgesetz derzeit noch verbietet. Kurz vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Rechtmäßigkeit des Luftsicherheitsgesetzes am 15. Februar 2006 trat Innenminister Schäuble in die Offensive und ließ von seinem Ministerium prüfen, ob SoldatInnen im Rahmen des geltenden Rechts vorübergehend zur Bundespolizei, die vormals Bundesgrenzschutz hieß, abgeordnet werden können. Die Abordnung von SoldatInnen zu den Länderpolizeien ist grundsätzlich möglich und wird auch des Öfteren praktiziert, allerdings gilt dies nur für einzelne BeamtInnen und nicht für ganze Einheiten. Das Luftsicherheitsgesetz, welches den staatlich verordneten militärischen Abschuss von entführten Passagierflugzeugen ermöglichen sollte, hatte eine »Eisbrecher«-Funktion zur Legalisierung und Vorbereitung von militärischen Einsätzen im Inland.[6] Diese Teilregelungen eines Militäreinsatzes wurden auch von der SPD befürwortet.[7] Seitdem das Bundesverfassungsgericht das Gesetz für verfassungswidrig erklärt hat, ist auch der Vorschlag der BeamtInnen-Abordnung wieder vom Tisch.

VERSCHRÄNKUNG UND ENTGRENZUNG VON »INNERER« UND »ÄUSSERER« SICHERHEIT

Historisch entstanden Polizei und Militär im Prozess der Staatswerdung bei der Etablierung eines staatlichen Gewaltmonopols. Die Polizei war ein Ableger des Militärs. Die, in Deutschland historisch begründete, Unterscheidung von »innerer« und »äußerer« Sicherheit wird zunehmend aufgeweicht. Beide Bereiche überschneiden sich zunehmend und es kommt zu einer Verschränkung und Entgrenzung von »innerer« und »äußerer« Sicherheit durch die Ausdehnung polizeilicher Befugnisse und die Ausweitung der Zuständigkeiten des Militärs. Es findet eine »Verpolizeilichung des Militärs« (etwa in dem von der Bundeswehr favorisierten Konzept der »zivil-militärischen Zusammenarbeit«[8]) und der »Militarisierung der Polizei« statt.[9] Die Bundespolizei, die ursprünglich die »Außengrenzen« schützen sollte, nimmt immer mehr Aufgaben im Inneren wahr und agiert auch an den »deutschen Grenzen« (den Deutschen Botschaften) im Ausland. Sie ist bereits vielfältig im Objekt- und Personenschutz im Ausland tätig, wie in Afghanistan und im Irak, und arbeitet dabei eng mit der Bundeswehr zusammen. In Afghanistan bildet sie in Kooperation mit LänderpolizistInnen örtliche Polizeikräfte aus. Bei den polizeilichen und militärischen Spezialkommandos greift das Unterscheidungskriterium »innen« und »außen« noch weniger. Die polizeilichen Spezialkommandos wie die Grenzschutzgruppe 9 (GSG 9) der Bundespolizei und die Spezialeinsatzkommandos (SEK) der Landespolizeien arbeiten in der Ausbildung und im Einsatz eng mit dem militärischen Spezialkommando Kommando Spezialkräfte (KSK) zusammen und leisten sich »Amtshilfe".[10]

AUSBLICK

Auch wenn eine Grundgesetzänderung bis zum Start der Fußball-WM am 9. Juni eher unwahrscheinlich ist, wird die Bundeswehr zukünftig im Inneren vermehrt tätig sein, ob mit oder ohne Verfassungsänderung. Und es ist nur eine Frage der Zeit bis auch diese kommen wird. Ein weiterer Terroranschlag in Europa oder Deutschland könnte die politischen Mehrheiten im Bundestag schnell ändern. Auch eine mögliche Vogelgrippe-Pandemie ist diesbezüglich nicht zu unterschätzen. ‹›

ANMERKUNGEN **1** ***Zum Schutz der Heimat.*** *Die Rolle der Soldaten.* Thomas Maron. In: Frankfurter Rundschau, 11. Februar 2006 **2** ***Bundeswehr im Innern.*** *Die Union rüstet erneut zum Kampf.* Stefan Gose. In: Bürgerrechte und Polizei, CILIP 70, Nummer 3, Seiten 49 bis 54, 2001 **3** Ältere Beispiele sind ihr Einsatz im Inland etwa bei der Sturmflut 1962, den Waldbränden 1975, der Schneekatastrophe vom Winter 1978/79 oder der Flutkatastrophe im Januar/Februar 1995 an Rhein, Main, Mosel, Nahe und Saar, vergleiche Gose **4** ***Vogelgrippe*** *Rügen fürchtet die Rechnung der Bundeswehr.* Miriam Schröder. In: Spiegel Online vom 03. März 2006 **5** ***Soldaten sollen Spielstätten schützen,*** Peter Blechschmidt und Annette Ramelsberger. In: Süddeutsche Zeitung, 08. Februar 2006 **6** ***Der Eisbrecher*** *Luftsicherheitsgesetz: Bundeswehreinsätze im Inland.* Michael Haid, IMI-Analyse, 2006 **7** Während die SozialdemokratInnen eine Verfassungsneuauslegung präferierten, bevorzugte die Unions-PolitikerInnen eine Verfassungsänderung, vergleiche Haid **8** Die »zivil-militärische Zusammenarbeit« ist ein wesentliches von Bundeswehr, EU und NATO favorisiertes Konzept, welches zur Umsetzung des militärischen Auftrags die Kooperation mit verschiedenen zivilen Akteuren vorsieht **9** ***Probleme nationalstaatlich begrenzter »Innerer Sicherheit«*** *im Zeichen der Globalisierung unter besonderer Berücksichtigung bürgerlich-demokratischer Sicherung.* Wolf-Dieter Narr. In: Polizei zwischen Europa und den Regionen. Analysen disparater Entwicklungen. János Fehérvar und Wolfgang Stangl (Herausgeber). Seiten 17 bis 35. Wien, 2001 **10** ***Kämpfer, die wir nicht brauchen*** *Grenzschutzgruppe 9 und Kommando Spezialkräfte.* Stephan Stolle. In: Bürgerrechte und Polizei, CILIP, Nummer 75, Seiten 32 bis 42, 2003

DIE KOSTEN REBELLIEREN UND EUROMAYDAY

PRECLAB, HAMBURG

02. INTERNATIONALE VERSAMMLUNG ZU MIGRATION UND PREKARISIERUNG PLUS GRUNDEINKOMMEN MIT ANSCHLIESSENDEM EUROMAYDAY, AM 29. UND 30. APRIL UND AM 1.MAI IN HAMBURG

ALLE WISSEN ES

Die EU. Die Regierung. Der DGB. Viele Leute erfahren es am eigenen Leib. Prekäre Arbeit und unsichere Lebensverhältnisse sind in den europäischen Gesellschaften immer präsenter. Vollbeschäftigung ist mehr denn je eine Floskel aus der Jugend veralteter Politiker- und Gewerkschaftsgenerationen. Für die Generation Praktikum und die Single-Gesellschaft, für Millionen Erwerbslose, flexible ArbeiterInnen, alleinerziehende Frauen und illegalisierte MigrantInnen stehen längst existenzsichernde Maßnahmen abseits der Erwerbsbiografien der Industriegesellschaften auf der Tagesordnung. Die verschiedenen sozial- und familienpolitischen Integrationsmodelle von Frankreich, Niederlanden, Deutschland und anderen Staaten laufen auf Grund. Diskussionen über ein bedingungsloses Grundeinkommen oder Niederlassungsfreiheit dringen in gesellschaftliche Kreise vor, die des Antikapitalismus oder sozialrevolutionärer Ideen unverdächtig sind. Eigentumsfragen werden debattiert über Open Source – Gemeinden hinaus und Informations – wie Kommunikationsfreiheit sind angesichts der Privatisierung des Internets und medial inszenierter Kriege nicht länger Lobbythemen von Berufsverbänden der JournalistInnen und RechtsanwältInnen oder Bürgerrechtsorganisationen.

Wir haben vor 2 Jahren auf der 1. Konferenz in Dortmund eine volle Palette an Themen rund um Migration und Prekarisierung präsentiert: Projekte, die in Call Centern organisiert wurden. Flüchlingsinitiativen, die gegen Lohnraub kämpften. Illegalisierte Putzfrauen, die sich in feministischen Netzwerken zusammen tun. Gewerkschaftsinitiativen, die versuchen, dem Mitgliederschwund und Verlust der Streikfähigkeit zu begegnen. Erwerbslose, die sich den Zumutungen von Hartz IV widersetzen. Kampagnen wie Agenturschluß haben dort ihren Beginn markiert. Netzwerke traten auf, die transnationale Wertschöpfungsketten und Ausbeutungspyramiden aufklären oder andere Verteilungs- und Produktionsstrategien von Software bis Lebensmittel anwenden.

Unser Anliegen ist damals wie heute Verbindungen und Kommunikation herzustellen zwischen den verschiedenen Initiativen und Kämpfen um oder gegen Arbeit, um Aufenthaltsrechte, soziale Garantien und das existenzielle Recht auf Rechte. Diese Perspektive ist sehr konkret formulierbar: Es geht um ein besseres Leben und die dazu mindestens erforderlichen Existenzmittel mit und ohne Arbeit.

Zu diesem Zweck haben wir bei der Versammlung erneut ein Programm zusammengestellt, das Entwicklungen der letzten 2 Jahre Revue passieren lässt, neue Projekte vorstellt und die dabei aufgeworfenen Fragen zur Diskussion bringen will. Trotz aller Brutalisierung der ökonomischen und sozialen Bedingungen in unseren Gesellschaften kämpfen wir weiter um einen Perspektivwechsel in den sozialpolitischen Protesten. So sollen Durchsetzungsstrategien mit ihren Instrumenten, Forderungen und Kämpfen im Mittelpunkt stehen. Die spannende Frage bleibt, wann rebellieren wir, wann rebellieren die Initiativen, deren Kämpfe und deren Interessen, Wünsche und Rechte zu Kosten gemacht werden?

Dafür ist diese Versammlung ein Vorschlag, eine Aufforderung, eine Einladung, ein Versprechen – sich zu bewegen, heraus aus den »rette sich wer kann« – Haltungen und standortpolitischen Argumentationen.

DIE VERSAMMLUNG

Die Versammlung findet am Wochenende vor dem EuroMayday genannten europäischen Projekt am 01. Mai statt. Die Versammlung bietet eine Bühne für eine Vielzahl von Themen, die bei den Euromayday Paraden dann farbenprächtig und sichtbar auf die Straße gebracht werden. »Die Kosten rebellieren« und Euromayday teilen das Anliegen, eine transnationale Diskussion zu organisieren und eine europäische Öffentlichkeit aus der Perspektive der Verdammten und Überflüssigen zu etablieren.

DIE VERSAMMLUNG

Überraschend gut war es im letzten Jahr in Hamburg gelungen, den transnationalen Impuls des in Südeuropa entwickelten Euromaydays aufzugreifen und in der Parade eine spektrumsübergreifende Mobilisierung für globale soziale Rechte auszudrücken. So lag es nahe, Kosten rebellieren II mit dem Euromayday II inhaltlich sowie zeitlich zu kombinieren, um deutlich zu machen, dass unser besonderes Interesse einem gemeinsamen, praktisch orientierten Suchprozess gilt.

Unabhängig davon wird es eine parallele Euromayday-Parade in Berlin geben, für die in diesem Heft noch einmal unabhängig aufgerufen wird. ‹›

KONTAKT Preclab, Susannenstraße 14D, 20357 Hamburg, Telefon 040-41548465, Fax 40-4154847, Mobiltelefon 0179-6619710, E-Mail frank@offlimits.de, Mailingliste https://lists.nadir.org/cgi-bin/mailman/listinfo/kosten-rebellieren, Internet www.labournet.de

Programm der Konferenz: www.labournet.de/phpbb/viewtopic.php?t=338

BUKO 29 BUNDESKOORDINATION INTERNATIONALISMUS

VORBEREITUNGSGRUPPE

29. JAHRESKONGRESS, VOM 25. BIS 28. MAI 2006 IN DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT BERLIN

VERANSTALTERINNEN:

BUNDESKOORDINATION INTERNATIONALISMUS, ANTI-ATOM-BÜRO HAMBURG, ANTI-ATOMPLENUM BERLIN, FLÜCHTLINGSINITIATIVE BRANDENBURG (FIB), REDAKTION ANTI ATOM AKTUELL, REFLECT! ASSOZIATION FÜR POLITISCHE BILDUNG UND GESELLSCHAFTSFORSCHUNG, THE VOICE REFUGEE FORUM

»Außer Kontrolle ist das Leben, die Zeit, außer Kontrolle ist die Obrigkeit, außer Kontrolle sind des Königs Banditen, aber außer Kontrolle haben sie nix zu bieten.«
Tod und Mordschlag, 1999

RE: CONTROL...

Der *29. Bundeskongress Internationalismus (BUKO 29)* lädt zu einer Suche ein nach Antworten auf herrschende Kontrolltechniken, -politiken und -strategien. Wir wollen auf dem BUKO 29 gemeinsam diskutieren, wo und wie Kontrolle funktioniert. Ist es nur die Kontrolle »von denen da oben«, oder funktioniert Kontrolle nicht auch »durch uns selbst«? Was bedeutet es, auf herrschende Kontrollpolitiken zu antworten, sie zurückzuweisen und vor allem: Wie sieht emanzipativer Widerstand gegen Kontrolle aus, was bedeutet es, sich Kontrolle über das Leben wieder anzueignen? Diesen Fragestellungen wollen wir uns in folgenden vier inhaltlichen Foren widmen:

Migration/Kolonialismus Welche Kontrollstrategien von Migrationspolitiken – innerstaatlich und an den Außengrenzen der reichen Länder – werden angewandt? Welche Kontinuitäten und Brüche in der kolonialen Herrschaftspraxis gibt es und wie sind ihre Auswirkungen auf aktuelle Migrationspolitiken?

Stadt/Sicherheit Welche Kontrolltechniken im urbanen Raum gibt es? Wie sieht die Produktion von (Un)Sicherheit in verschiedenen Regionen der Welt aus? Welche Akteure gibt es? Welche bisherigen Aneignungs- und Widerstandspraktiken gab es? Wo sind Anknüpfungspunkte für Kampagnen und Aktionen, wie sähe eine Vernetzung aus, auch im Hinblick auf die Fußball-WM 2006?

Energie Wer hält die Kontrolle über Energie und mittels Energie, und welches Kontrollregime für Energie ist notwendig? Welche Energiesysteme erzeugen welche gesellschaftlichen Verhältnisse, und welche Naturverhältnisse werden damit (re-)produziert? Verschiedene Blickwinkel machen Energie als Versprechen, als Beute und als soziales Verhältnis kenntlich.

G8 Welche Rolle nimmt die G8 im globalen Herrschaftssystem ein? Oder: Welcher Art ist die Macht der G8? In Vorbereitung auf den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm bei Rostock in der Bundesrepublik gilt es, eine fundierte Kritik an der G8 zu erarbeiten. Wir wollen Möglichkeiten und Grenzen der Protestbewegung ausloten und damit auf dem BUKO 29 die Vernetzung und den Widerstand gegen den Gipfel vorantreiben.

Hervorgegangen aus dem Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, hat sich die Bundeskoordination Internationalismus in den letzten Jahren zum Forum von unabhängigen, globalisierungskritischen und internationalistischen Linken entwickelt. Der BUKO 29 in Berlin bietet Platz für Austausch, Diskussion und Vernetzung, fürs Kennenlernen und Wiedertreffen.

UNTERSTÜTZUNG, DAS LEIDIGE GELDTHEMA

Wir wollen Eure Unterstützung in erster Linie als ideelle Unterstützung, da es uns wichtig ist, eine möglichst breite UnterstützerInnenschaft zu realisieren. Allerdings werdet Ihr mitbekommen haben, dass die BUKO zur Zeit in finanziellen Schwierigkeiten steckt. Wir wissen, dass es vielen anderen Projekten ähnlich geht, nichts desto trotz wollen wir Euch bitten, zu überlegen, inwieweit Ihr Eure ideelle Unterstützung auch mit einer finanziellen verbinden könnt und damit die Realisierung des Kongress unterstützt.
Wir sehen uns in Berlin! ‹›

MAYDAY-PARADE-BERLIN FÜR SOZIALE RECHTE WELTWEIT

Von Palermo bis Helsinki, von Sevilla bis Maribor – seit fünf Jahren finden in mehr und mehr Städten Mayday Paraden statt. Am 01. Mai 2005 demonstrierten in 19 Städten über 200.000 Menschen gegen unzumutbare Lebens- und Arbeitsbedingungen. In diesem Jahr ist auch Berlin dabei! Mit dem Mayday knüpfen wir an die vielfältige Tradition des sozialen Widerstandes an, die der 01. Mai hat. Er soll ein Ort für alle sein, die aus gesellschaftlicher Unsichtbarkeit heraus treten wollen, um zu zeigen, dass sie mehr vom Leben erwarten als nur Arbeit. Wir wollen jenseits der üblichen Rituale die Tradition des mit einer politischen Parade wieder lebendig machen.

GRÜNDE AUF DIE STRASSE ZU GEHEN GIBT'S GENUG!

Hartz IV, Zwansräumungen, Studiengebühren, Mini-Jobs und Leiharbeit, Residenzpflicht und Abschiebungen, steigende Mieten und Privatisierung: Wer kann heute sagen, »mein Job ist sicher«? Dass auch am Ende des Monats das Geld noch reicht? Wer kann es sich leisten krank zu werden? Wie viele müssen Angst davor haben, dass ihre Duldung nicht verlängert wird oder sie sofort abgeschoben werden? Wer lebt und arbeitet heute nicht prekär?

MAYDAY, MAYDAY!

Beim Mayday geht es um den Kampf gegen unzumutbare Arbeits- und Lebensbedingungen. Bunt, laut und deutlich werden wir unsere Rechte einfordern und uns den öffentlichen Raum zurückholen, denn der 01. Mai ist unser Tag!
Die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre treffen uns unterschiedlich stark. Wir leben und arbeiten in verschiedenen Situation, mit verschiedenen Problemen – wir sind nicht alle gleich prekarisiert. Doch unsere Kämpfe verbinden sich in der Forderung nach einem selbstbestimmten, menschenwürdigen Leben, im gemeinsamen Kampf um soziale Rechte weltweit. Soziale Rechte garantieren den Zugang zu allem was Menschen für ein Leben in Würde brauchen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Hautfarbe, ob man arbeitet oder nicht. Soziale Rechte, das bedeutet zum Beispiel:

Das Recht auf ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Menschen!
Das Recht auf dauernden Aufenthalt für alle, die hier leben wollen!
Das Recht auf gebührenfreie Bildung!
Das Recht auf selbstbestimmtes Leben und freie Nutzung des öffentlichen Raums!

Und was brauchst Du für ein schönes Leben? Kommt zur Mayday Parade am 01. Mai 2006 um 16 Uhr auf dem Spreewaldplatz! ‹›

ANMERKUNG Internet berlin.euromayday.org

DIE FACKELTRÄGER DER FREIHEIT

JYLLANDS-POSTENS MOHAMMED-KARIKATUREN

TOBIAS FASSMEYER, ZAG

Vollkommen unerwartet kommt eine unbescholtene dänische Zeitung plötzlich durch den Abdruck von ein paar harmlosen Karikaturen in eine schreckliche Situation. Hatte sie doch aus reiner journalistischer Sorgfalt ein nettes Partygeplaudere des Kollegen Troels Pedersen mit dem Autor Kare Bluitgen überprüfen wollen. Dieser hatte erzählt, er fände keinen Illustrator für sein neues Kinderbuch über den Propheten Mohammed. Die Zeichner hätten Angst. Die Kulturredaktion von Jyllands-Posten nahm sich der Frage an. Und siehe da, der kleine Auftrag für ein paar nette Bildchen wurde begeistert übernommen. Ein paar der 40 Angefragten hatten sich zwar mit wachsweichen Ausreden der Art »nicht mehr aktiv«, »woanders unter Vertrag« oder noch suspekter »keine Zeit«, »nicht mein Thema« aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung geschlichen, aber 12 Wackere machten das demoskopische Unternehmen zu einer überwältigenden Widerlegung des Partylateins Herrn Bluitgens. Traurig darüber war er mitnichten, denn dem Bekanntheitsgrad seines Kinderbüchleins war dies und alles folgende sehr hilfreich. Jyllands-Posten hatte allerdings mit etwas mehr Lorbeer gerechnet. Schon jahrelang engagierte sie sich im Themenfeld muslimische MitbürgerInnen. Sie zeichnet sich hier wie generell durch ein so beispielhaftes Engagement aus, dass ihr die Kollegen der liberalen dänischen Zeitung Politiken auf den Satireseiten mit dem Kosewort »Jyllands-Faschisten« schmeicheln.

Nachdem es den braven Rittern von Jyllands-Posten, mit der Veröffentlichung ihrer humorvollen Diskussionsbeiträge nicht gelungen war, ein größeres Forum zu finden, wandten sie sich in ihrer Not an Imam Raed Hlayhel. Dieser wusste, was er schuldig war. War er in Dänemark bekannterweise der richtige Mann für die richtigen Worte zur richtigen Zeit. Eloquent zeigte er, dass durch gekonntes Brückenschlagen ein bis dahin dröges Thema medial an Fahrt zu gewinnen vermag und leistet Anschubhilfe. Er wies die Humoristen von Jyllands-Posten fürsorglich auf das traurige Schicksal Pim Fortuyns in Holland hin.

Dies brachte durch die endlich ermöglichte Schlagzeile den thematischen Durchbruch. Befinden sich doch in Dänemarks Parlament inzwischen viele sensible Volksvertreter wie Louise Frevert. Deren Kompetenz, Offenheit und Toleranz spiegelt sich im sorgenvollen Bemühen, das bei ihren muslimischen MitbürgerInnen attestierte »Krebsgeschwür« beseitigen zu wollen. Ein medizinisches Anliegen, dem sie sich neben vielen anderen unter dem Vorsitz Pia Kjaersgaards in der Dänischen Volkspartei (Dansk Folkeparti) verschrieben hat. Unterstützung in ihrem Kreuzzug für die Gesundheit des dänischen Volkskörpers finden sie bei den lokalen Radiostationen, die beispielsweise »einen bedeutenden Teil der mohammedanischen Einwanderer« von ihren irdischen Leiden ganz generell zu erlösen wünschen. Die GesundheitspolitikerInnen der Dänischen Volkspartei stützen die Regierung Anders Fogh Rasmussens. Dänemarks Premier Anders Fogh Rasmussen war unter anderem durch sein Expertenwissen in Charakter- und Gemütsfragen der Bevölkerung muslimischen Glaubens erfolgreich aus der letzten dänischen Wahl hervorgegangenen.

DÄNISCHE HUMORISTEN

Wegen des Anstiegs dieser gesundheitsorientierten und humorvollen Stimmung in Dänemark und ihre Intensivierung durch den unermüdlichen Einsatz der regierungsnahen Jyllands-Posten, baten nun 11 Botschafter um einen Termin. In einem Brief fragten Vertreter so unbedeutender islamischer Staaten wie Ägypten nach, ob sie beim dänischen Premier doch einmal vorbeischauen dürften. Sie hatten das Bedürfnis, die lustige Stimmung in Dänemark im Allgemeinen und die speziellen Scherze der letzten Zeit im Besonderen in trauter Runde Revue passieren zu lassen. Da es sich trauriger Weise ergab, dass alle Kaffeekränzchentermine des Premiers in diesem Jahrtausend leider schon vergeben waren, sorgten sie sich ob dieser Überlastung um die Gesundheit des armen Mannes. Darum fragten sie nun ihnen nahestehende Freunde und Bekannte um Rat. Ein paar ihrer Bekannten aus thematisch besonders interessierten Ländern mit besonders wenigen politisch zu Tage tretenden Meinungsverschiedenheiten wussten dem Mann zu helfen. Dort ergaben sich dann populäre Volksbelustigungen, die es dem dänischen Premier ermöglichten, von nun an mehr Zeit in dieser Frage erübrigen zu können.

Da auch die Vertreter der dänischen Muslime sich Sorgen wegen der auch sie betreffende Zeitnot ihres geliebten Premiers machten, entschieden sie sich für eine kleine Reise zu fernen Bekannten. Sie wollten ihnen erzählen, mit welch erheiternden Briefchen und Zeichnungen sie aus der humorvollen Bevölkerung ihres Landes bedacht wurden, als sie sich an die sorgsamen Hüter des freien Wortes und Bildes in Dänemark wandten.

Nun hörte ihr geliebter Premier in seiner Zeitnot nicht ganz richtig hin und vertrat die Ansicht, dass sie diese ihnen per Post zugegangenen Zeichnungen fälschlicherweise dem Copyright seiner Freunde von Jyllands Posten zugeschrieben hätten. So sorgte er dafür, jeglichen Zweifel an der Redlichkeit und Wahrheitsliebe der Reisenden in ihrer Heimat vorsorglich zu zerstreuen und die ausgelassene Stimmung nicht zum Erliegen kommen zu lassen.

So wurde diese dänische Charmeoffensive dann doch nach gewissen Anlaufschwierigkeiten dank intensiver Bemühungen aller interessierten Seiten ein voller Erfolg. Besonders ausgelassen wurde sie in Regionen gefeiert, in denen sich humorvolle Repräsentanten über diese pointenreichen Unterbrechung des Lebens ihrer gesättigten Bevölkerung freuten. Sie hatten damit auch gleichzeitig die Möglichkeit ihren europäischen Brüdern und Schwestern zu zeigen, wie sie zu feiern wissen.

Diese Hinweise verstanden einige sensible Männer der Völkerverständigung sofort. Sie bemühten sich ihre Sensibilität im Umgang mit den Anliegen dieser Repräsentanten, ihrem Publikum zu Hause näher zu bringen. Die Verteidiger der »Ein Späßchen wird ja wohl noch erlaubt sein«-Haltung

bestiegen sofort die Barrikade der Pressefreiheit. Zuvörderst diejenigen, welche bei losen Späßen über eigene Herzensangelegenheiten bisher eher weniger durch das Klopfen der eigenen Schenkel aufgefallen waren. Eigentlich waren sie in solchen Fällen eher für das Schlagen der Backen der jeweiligen Spaßvögel bekannt.
So fand sich am Ende ein zahlreiches Heer von Streitern für das große Prinzip des freien Wortes und nur wenige bemerkten, dass sie mit der Verteidigung der Freunde der einseitigen Sichtweise beschäftigt sind, die eine sehr eigene Interpretation der Grenzen für Freiheiten haben. ‹›

BUNDES-DEUTSCHE FLÜCHT-LINGS-POLITIK UND IHRE TÖDLICHEN FOLGEN, 1993 BIS 2005

ARI, BERLIN

13. AKTUALISIERTE AUFLAGE DER DOKUMENTATION NEU ERSCHIENEN.

Die Zahl der Flüchtlinge, die in der BRD Asyl beantragten, war 2005 mit 28.914 die niedrigste seit 1983. Zugleich wurden bei 48.102 Entscheidungen des Bundesamtes nur 411 Personen als Asylberechtigte anerkannt (0,9%). Die Vorstellung der aktuellen Statistik verband Bundesinnenminister Schäuble am 08. Januar 2006 mit der Ankündigung, »die Ausreisepflicht bei nicht bleibeberechtigten Personen noch effektiver durchzusetzen«. Die Hoffnung der meisten Flüchtlinge, die seit 10, 12 Jahren oder länger hier leben, durch das im Januar 2005 in Kraft getretene sogenannte Zuwanderungsgesetz ein Bleiberecht zu erhalten, hat sich nicht erfüllt. Einerseits werden weiterhin Ketten-Duldungen ausgestellt. Eine Behördenmaßnahme, die die Menschen über Jahre hinweg in einen Wartezustand zwingt, der – abgesehen von der Beschneidung sozialer Rechte – durch die ständige Angst vor Abschiebung auf die Betroffenen eine extrem traumatisierende Wirkung hat. Besonders schwer trifft es Kinder und die durch Krieg und Folter seelisch schwer erkrankten Flüchtlinge.
Andererseits ist in der vorliegenden Dokumentation auffällig, dass die Methoden der Abschiebebehörden immer brutaler werden. Es wird zum Beispiel beschrieben, wie Menschen aus psychiatrischen Kliniken nachts mit Gewalt aus ihren Betten zur Abschiebung weggeschleppt werden. Flüchtlinge werden zur Einnahme von Beruhigungsmitteln genötigt. Minderjährige Kinder werden durch die Abschiebung von Mutter oder Vater getrennt. Noch »effektiver«, wie Schäuble fordert, ist nicht mehr vorstellbar.

TOD NACH DER ABSCHIEBUNG

Ein besonders tragischer Fall, der sich bereits im Jahre 2004 ereignete, konnte jetzt genauer recherchiert werden. Familie B. lebte mit drei Kindern seit fast 10 Jahren in der BRD. Nach einer Abschiebung, die nach einem Zusammenbruch des Ehemannes in Amsterdam gestoppt wurde, tauchte die Familie B. unter. Als die schwangere Tschianana Nguya aufgrund ihres schlechten Gesundheitszustandes versuchte, einen Krankenschein zu bekommen, erfolgte ihre Festnahme. Nach längerer Abschiebehaft wurde sie in desolatem Zustand mit zweien ihrer Kinder (2 und 10 Jahre alt) in den Kongo (DRK) abgeschoben. Dort erfolgte ihre sofortige Inhaftierung – zunächst in Polizeihaft, später in einem Militärcamp. Durch die Haftbedingungen verschlechterte sich ihr Gesundheitszustand weiter. Erst eine Woche vor der Niederkunft erfolgte ihre Einweisung in ein Krankenhaus. Das Kind lebte nach der Geburt nur eine Stunde, die 34 Jahre alte Mutter starb acht Stunden später.
Zurück bleiben ihre kleinen Kinder, deren Aufenthalt im Kongo völlig ungewiss ist. Zurück bleiben ihr Mann und ihr heute 16-jähriger Sohn, die beide versuchen, irgendwo in Europa zu überleben.
Die Dokumentation beschreibt in über 4.700 Einzelgeschehnissen die Auswirkungen des institutionellen Rassismus auf die Betroffenen. Auf Flüchtlinge, die gehofft hatten, in diesem Land Schutz und Sicherheit zu finden, und letztlich an diesem System zugrunde gingen oder zu Schaden kamen. Die jährlichen Zahlen der Dokumentation sind im Vergleich nicht sinkend, sondern bleiben konstant. Auszugehen ist von einer wesentlich höheren Dunkelziffer.

DIE DOKUMENTATION UMFASST DEN ZEITRAUM VOM 1.1.1993 BIS 31.12.2005

162 Flüchtlinge starben auf dem Wege in die Bundesrepublik Deutschland oder an den Grenzen, davon allein 121 an den deutschen Ost-Grenzen*,
439 Flüchtlinge erlitten beim Grenzübertritt Verletzungen, davon 259 an den deutschen Ost-Grenzen*,
131 Flüchtlinge töteten sich angesichts der drohenden Abschiebung oder starben beim Versuch, vor der Abschiebung zu fliehen, 49 davon in Abschiebehaft,
629 Flüchtlinge haben sich aus Angst vor der Abschiebung oder aus Protest gegen die drohende Abschiebung (Risiko-Hungerstreiks) selbst verletzt oder versuchten, sich umzubringen, davon befanden sich 393 Menschen in Abschiebehaft,
5 Flüchtlinge starben während der Abschiebung und
299 Flüchtlinge wurden durch Zwangsmaßnahmen oder Mißhandlungen während der Abschiebung verletzt,
23 Flüchtlinge kamen nach der Abschiebung in ihrem Herkunftsland zu Tode, und mindestens 397 Flüchtlinge wurden im Herkunftsland von Polizei oder Militär misshandelt und gefoltert,
62 Flüchtlinge verschwanden nach der Abschiebung spurlos,
12 Flüchtlinge starben bei abschiebe-unabhängigen Polizeimaßnahmen,
380 davon wurden durch Polizei oder Bewachungspersonal verletzt, davon 127 Flüchtlinge in Haft,
67 Menschen starben bei Bränden oder Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte,
725 Flüchtlinge wurden zum Teil erheblich verletzt,
13 Menschen starben durch rassistische Angriffe auf der Straße.

EIN FAZIT

Durch staatliche Maßnahmen der BRD kamen 333 Flüchtlinge ums Leben, durch rassistische Übergriffe oder bei Bränden in Unterkünften starben 80 Flüchtlinge.

ANMERUNGEN *Bundesdeutsche Flüchtlingspolitik und ihre tödlichen Folgen. 1993 bis 2005.* Antirassistische Initiative e.V., EUR 13.00 (demnächst auch als CD-Rom, bei Versand: EUR 14.60) **Adresse** Antirassistische Initiative e.V., Dokumentationsstelle, Mariannenplatz 2, Haus Bethanien, Südflügel, 10997 Berlin, Telefon 030-74395432, Fax 030-62705905, E-Mail ari_berlin_dok@gmx.de, Internet www.anti_rar.de/doku/titel.htm
* die Angaben für 2005 werden sich noch erhöhen, weil die offiziellen Zahlen des Bundesinnenministeriums noch nicht vorliegen

BARACKEN OHNE ALTERNATIVEN

STELLA LU LORENZ

Im letzten Herbst versuchten BewohnerInnen von *Marianas* zusammen mit AktivistInnen, den Abriss ihrer Wohnungen zu verhindern, indem sie auf das Dach einer der Baracken kletterten und dort bis zum Abend auf den Abzug von Polizei und Abrissmaschinen warteten. Doch der Erfolg währte nicht lange: Am nächsten Tag wurden die BewohnerInnen von der Polizei geweckt, die um 7 Uhr morgens kam, zwei Stunden früher als angekündigt: Acht Transporter mit Interventionseinheiten (C.I.), ausgerüstet mit Helmen, Maschinengewehren, Tränengas, Schlagstöcken und Elektroschockern. Als die AktivistInnen der Gruppe *direito à habitação* (d.a.h.)[1] um 8 Uhr am Ort eintrafen, um die BewohnerInnen zu unterstützen, war bereits eine Baracke abgerissen und die anderen zum Abriss geplanten von den Interventionseinheiten abgeriegelt worden. In der Woche davor waren gegen den Protest der BewohnerInnen bereits sieben Baracken abgerissen worden.

DIE SITUATION IN DEN BARRIOS DE LATA

Marianas ist kein Einzelfall: Seit Wochen protestieren die BewohnerInnen dieses und anderer *Bairros de Lata* (Blechviertel) durch Demonstrationen, Offene Briefe und Nachtwachen vor der Stadtverwaltung gegen ihre prekäre Situation und für das Recht auf würdige Unterkünfte. Sie werden unterstützt von der d.a.h., Amnesty International sowie weiteren NGOs. Hintergrund sind seit April diesen Jahres verstärkt durchgeführte Abrisse derartiger Viertel im Großbereich Lissabons *GAML, Grande Área Metropolitana de Lisboa* sowie die daraus resultierenden Probleme für die obdachlos werdenden Menschen. In der GAML leben etwa 1.000 Familien unter prekären Bedingungen.[2]

In den Bairros de lata wohnen vorwiegend Familien mit Migrationshintergrund, einige zudem ohne legalisierten Aufenthaltsstatus. Die Situation in diesen Vierteln ist fatal, in den notdürftig gebauten und kaum isolierten Baracken fehlen oft elementare Mindeststandards wie sichere Stromleitungen, sanitäre Einrichtungen und Kanalisation. In einigen Bairros wurde bereits mehrfach die Wasser- oder Stromversorgung unterbrochen. Es gibt keine Jugendzentren, keine Schulen, kaum Sozialarbeit. Die Möglichkeiten des öffentlichen Transports zu den in der Peripherie liegenden Vierteln sind meist sehr begrenzt. In diesen Siedlungen wohnen nur die Ärmsten: Viele MigrantInnen und deren Nachkommen sind bei der staatlichen Baufirma angestellt oder machen Putzjobs. Die niedrigen Löhne derartiger Arbeiten liegen in der Regel bei 2 bis 5 Euro pro Stunde. Das Wohnen in diesen Vierteln stellt einen Teufelskreis dar: Manche finden keine Anstellung, weil sie in einem Bairro wohnen-doch weil sie keine oder nur schlecht bezahlte Arbeiten haben, können sie sich keine andere Wohnung leisten. Die Baracken haben sie entweder selbst gebaut oder von ihrem Ersparten gekauft.

Den jeweiligen Bezirksverwaltungen sind diese »Problemviertel« ein Dorn im Auge. Zur Beseitigung dieser Siedlungen erarbeitete die portugiesische Regierung einen Umsiedlungsplan, den *Plano Éspecial de Realojamento (PER)*, der 2009 endet. Nach diesem sollen die Siedlungen abgerissen und die dort lebenden Personen in Sozialwohnungen umgesiedelt werden. Die drei erklärten Grundprinzipien des PER sind die städtische Rehabilitierung sowie die Umsiedlung und soziale Integration der betroffenen Familien. Zur Berücksichtigung in diesem Plan mussten sich die Familien 1993 registrieren lassen. Das Problem ist jedoch, dass der PER dadurch viele der aktuell in den Bairros lebenden Familien nicht berücksichtigt: Berechtigt sind nur Personen, die durch diese Registrierung nachweisen können, dass sie seit 1993 dauerhaft in den Vierteln leben. Der Plan sieht keine Lösungen für Menschen vor, die erst danach immigrierten oder zum Zeitpunkt der Registrierung noch Kinder waren und nun eigene Familien gegründet haben. Personen ohne gültigen Aufenthaltsstatus sind ohnehin von dieser Regelung ausgeschlossen. Viele Menschen werden so, entgegen der erklärten Grundsätze der Umsiedlung und sozialen Integration, gar noch stärker marginalisiert und prekarisiert, da sie durch den Abriss der Viertel ihre Behausungen verlieren, ohne einen Zugang zum öffentlichen Wohnungsmarkt zu haben. Dieser ist teuer, selektiv und erfordert meist einen Bürgen. Doch selbst einige der Personen, die 1993 bereits in den Vierteln wohnten, sind nicht im Plan registriert und somit rechtlos: Der Zeitraum zur Registrierung war sehr kurz. Einige Personen befanden sich zur Saisonarbeit oder aus anderen Gründen außerhalb Lissabons, andere konnten nicht rechtzeitig zum Eintragen kommen oder nicht alle erforderlichen Dokumente beschaffen. Insgesamt geben viele BewohnerInnen an, nicht oder unzureichend über die Notwendigkeit der Registrierung zur Berechtigung auf Umsiedlung informiert worden zu sein sowie über die Möglichkeit, sich noch nachträglich eintragen zu lassen.

DAS RECHT AUF WOHNUNG

Nach Artikel 65 der portugiesischen Verfassung steht jedoch jeder Person eine Unterkunft zu, die einen bestimmten Prozentsatz des Einkommens nicht übersteigt, so dass jeder Person/Familie eine bezahlbare Wohnung mit Mindeststandard garantiert ist. Allerdings kommt die Regierung der eigenen Verfassung nicht nach: sie verschiebt die Zuständigkeiten an die jeweiligen Bezirksverwaltungen, setzte gleichzeitig jedoch eine Begrenzung der Verschuldung der einzelnen Bezirke fest. Diese sehen sich so finanziellen Problemen bei der Umsetzung des Planes gegenüber und sind mehr an der Beseitigung dieser Problemviertel interessiert als an der Umsiedlung der BewohnerInnen. Obwohl also für viele der Familien keine Sozialwohnungen zur Verfügung stehen, haben die Bezirksverwaltungen bereits mit dem Abriss der Bairros begonnen. Die betroffenen Familien, mit Kindern und Alten, werden obdachlos und kommen oft übergangsweise bei Freunden und Verwandten unter, die meist im gleichen Viertel wohnen und daher selbst vom Abriss bedroht sind. Die Baracken sind daher hoffnungslos überfüllt. Die Menschen leben zwischen den Trümmern der abgerissenen Baracken und im Müll, da die Viertel aufgrund der beengten Situation sowie der wachsenden Verelendung zunehmend herunterkommen.

Im Viertel *Azinhaga dos Besouros* in Amadora, Lissabon sind bereits 70 Prozent des Bairros zerstört, etwa 60 Häuser stehen noch. Die dort lebenden Familien sind

nicht im PER berücksichtigt. Weitere Abrisse sind dennoch bereits geplant. Das an einem Hügel gelegene Viertel gleicht einem Trümmerfeld, aus dem stehen gebliebene Wände und vereinzelte Baracken ragen. Die Wege durch den Schutt sind nicht beleuchtet, im Müll gibt es viele Ratten. In diesem Viertel wohnen vorwiegend MigrantInnen aus São Tomé und den Kapverden.

FIM DE MUNDO

Ein weiteres Beispiel für die katastrophale Situation ist *Fim do Mundo*, Cascais. Hier starben am 29. September 2005 am frühen Morgen bei einem Brand in einer Baracke Edina Correia und ihre fünf Kinder. Geblieben von der aus Guiné-Bissau migrierten Familie ist nur der Vater. Das Feuer konnte nicht gelöscht werden, da die Feuerwehr trotz wiederholter Anrufe mit einer Verspätung von 70 Minuten am Ort eintraf. Zudem habe von den fünf eingetroffenen Löschfahrzeugen lediglich eines Wasser enthalten, jedoch nur zur Hälfte gefüllt. Diese von verschiedener Seite bestätigten Aussagen der BewohnerInnen des Viertels werden von den verantwortlichen Instanzen bestritten. Sie geben eine Spanne von fünf bis zehn Minuten bis zum Eintreffen der Fahrzeuge an.[3] Nachforschungen zur Brandursache ergaben, dass es sich um einen Kurzschluss der maroden Stromleitungen in der Baracke handelte.[4] Nachdem hier am frühen Morgen sechs Personen gestorben waren, wurde die Baracke noch am Nachmittag desselben Tages abgerissen. Der zuständige Stadtverordnete Rui Rama da Silva bestätigte seine Verantwortung für diese Maßnahme und fügte hinzu: »Es ist eine unserer goldenen Regeln, am Tag nach der Umsiedlung gleich abzureißen. Wenn wir das nicht machen würden, würden am nächsten Tag sofort andere Personen in die betreffende Baracke ziehen.«[5] Die Familie Edina Correias war bereits im PER registriert und wartete auf die Umsiedlung, die eigentlich schon im August geschehen sein sollte. Nur aufgrund bürokratischer Verzögerungen befanden sich die Mutter und ihre Kinder noch in ihrer Baracke, in der sie starben.[6] Im Verwaltungsbereich Cascais, zu dem auch Marianas gehört, waren 1993 5.000 Familien im PER registriert, derzeit warten davon noch 178 Familien auf ihre neuen Wohnungen.[7] Von den 278 im Fim do Mundo registrierten Familien sind bisher erst etwa 100 umgesiedelt worden.

Die Vorwürfe an die verantwortlichen Instanzen häufen sich. Die Bezirksverwaltungen fahren mit den Abrissen fort und erklären gleichzeitig ihre Machtlosigkeit. So etwa Rui Rama da Silva gegenüber der Nachrichtenagentur Lusa: »Die Stadtverwaltung sieht sich außerstande, dieses Problem zu lösen, obwohl wir es versuchen. Wir sehen die Problematik der Familien. Doch wir können nichts anderes tun, als dem Gesetz zu folgen.« Die Verantwortlichen versuchen teils gar, ihr rücksichtsloses Vorgehen durch Diffamierungen zu legitimieren, wie etwa im Fall von Azinhaga dos Besouros: Der Präsident der hiesigen Ratsverwaltung, Joaquím Raposo, hatte Details zu den Vaterschaften der Kinder einiger Viertelbewohnerinnen bekanntgegeben, um deren angebliche Promiskuität zu belegen. Der Linksblock (BE) sowie die kommunistische Partei (CDU) verurteilten ein derartiges Vorgehen. Eine Reaktion der Instanzen auf die Frage der nun obdachlosen Kinder war der Vorschlag, diese in Kinderheime zu stecken, da die Familien ja nicht mehr ein sicheres Zuhause bieten könnten. Ein an den Präsidenten der Republik, Jorge Sampaio, übergebener Offener Brief blieb bisher unbeantwortet.[9] »Im 21. Jahrhundert wirft der portugiesische Staat Menschen auf die Straße. Sie vergessen, dass es sich hier um Personen handelt. Diese Menschen haben ein Recht auf eine würdige Unterkunft.«, betont Rita Silva von der d.a.h.

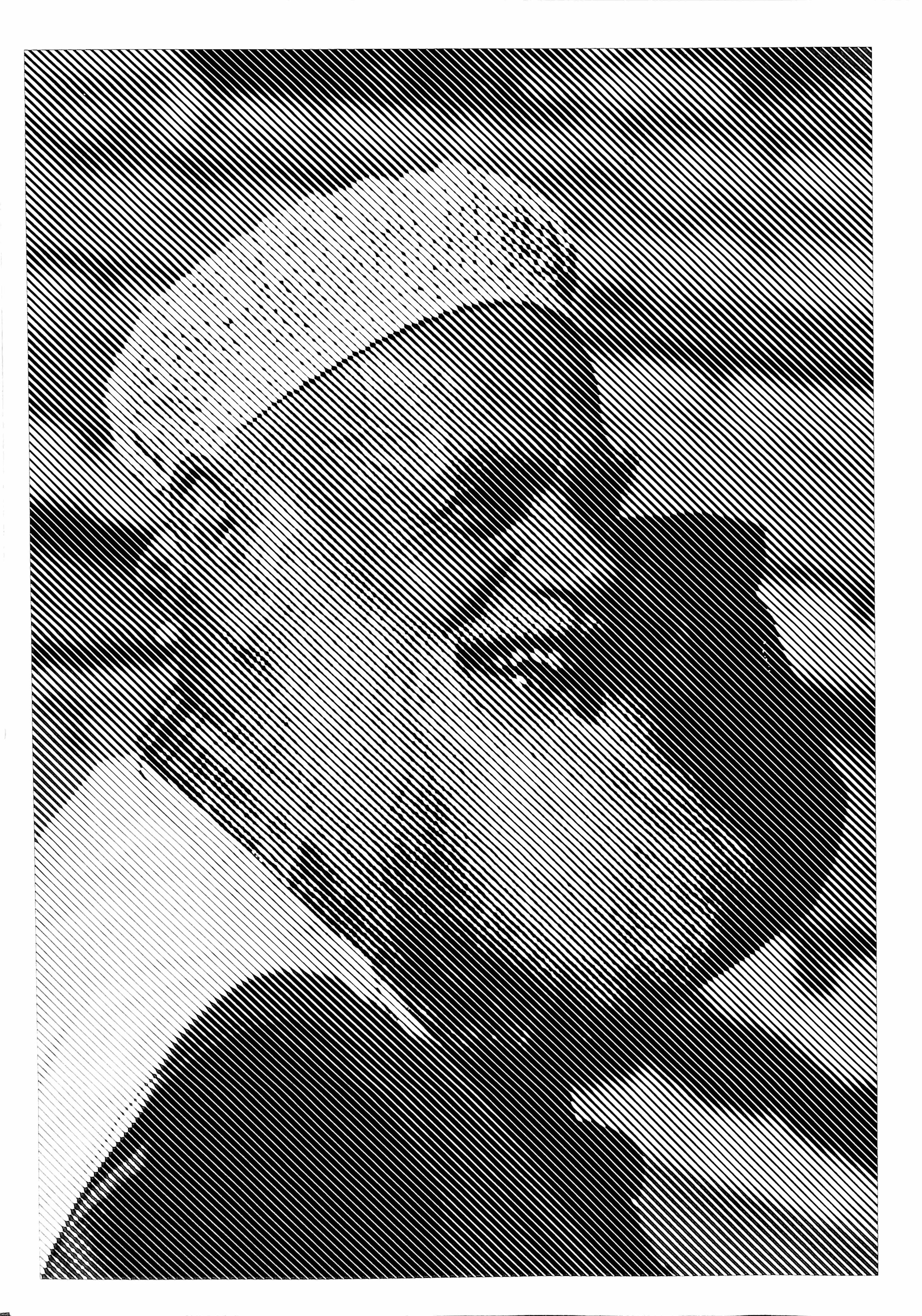
Der respektlose Umgang der politischen Instanzen mit den Problemen der Menschen zeigt sich auch an der Art der Information über die geplanten Abrisse: Die Familien werden von der Stadtverwaltung wenige Tage im Voraus über Anschläge an den Baracken oder per sms über die Zerstörung ihrer Häuser informiert.[10]

DAS PROJEKT PROHABITA

Die Instanzen bewegen sich nur langsam. Eine aufgrund des öffentlichen Drucks und der Medienaufmerksamkeit einberufene Sitzung des *Nationalen Instituts für Wohnpolitik (INH)* mit den Bezirksverwaltungen führte zum Entwurf des Projekts *PROHABITA*. Dieses sieht vor, den Zuständigkeitsbereich der Umsiedlung von den Bezirksverwaltungen an einen Zusammenschluss von NGOs zu übertragen, mit einer staatlichen Finanzierung. Die Regierung gibt damit ihre Verantwortung für dieses Problem ab. Die NGOs, deren Kapazitäten begrenzt sind, werden sich zu diesem Vorschlag erst nach einem ersten Koordinierungstreffen in den nächsten Wochen äußern. Eine Verwirklichung von PROHABITA hätte den Vorteil, dass so auch Lösungen gefunden würden für Personen, die nicht im PER berücksichtigt sind. Jedoch ist das Projekt noch sehr unkonkret und der Beginn zudem erst für März geplant, bis dahin soll mit den Abrissen dennoch unvermindert fortgefahren werden.

Die BewohnerInnen der von den Abrissen betroffenen Viertel, unterstützt von BE, CDU und diversen NGOs, fordern ein sofortiges Aussetzen der Abrisse bis zur Klärung der Einzelfälle sowie die Entwicklung sozialer Wohnlösungen, welche die Entstehung neuer Ghettos verhindert. Dies bedeutet für alle in den Vierteln wohnenden Familien eine den jeweiligen finanziellen Möglichkeiten entsprechend bezahlbare Unterkunft, wie es in der portugiesischen Verfassung verankert ist. In Portugal warten nach Angaben von Lusa derzeit 80.000 Personen auf eine Umsiedlung, 29.000 Familien leben in degradierten Wohnungen. Dem stehen 544.000 leere Wohnungen gegenüber, davon über 40.000 in Lissabon. Dennoch sind in diesen Wochen in Portugal weitere Familien, Kinder, Alte obdachlos geworden. ‹›

ANMERKUNGEN **1** Eine aufgrund der Abrisse gebildete Gruppe der Assoziation Solidariedade Imigrante **2** Angaben nach Lusa **3** Gegenüber Lusa, zitiert nach Correio de manhã, 30. September 2005 **4** Angabe nach der PJ **5** Nach Lusa Destak, übersetzt durch mich, S.L. **6** ebenda **7** Diário de Notícias, 30. September 2005 **8** Correio de manhã, 30. September 2005 **9** Übergeben am 18. Juni 2005 durch BewohnerInnen von Azinhaga dos Besouros **10** Maria do Liveramento aus Azinhaga dos Besouros wurde so eine Woche vorher darüber informiert, dass ihre Baracke am 05. September 2005 abgerissen werden würde.



SCHWERPUNKT
DIE TÜRKEI IN EUROPA

DU BIST EUROPA
EINLEITUNG ZAG

Seit gut 40 Jahren gibt es Bestrebungen, die Türkei politisch wie wirtschaftlich an die EU zu binden. Der von der Türkei vollzogene Beitritt zur Zollunion war der bisher letzte Akt dieser Annäherung, die vor allem der EU Vorteile für Investitionen und im Export brachte. Das führt zu der Frage, ob die Türkei als Vollmitglied in der EU aufzunehmen ist. Alle bisherigen Unternehmungen bieten genau dafür eine solide Basis. Die Panik, die sich an dieser Frage in der veröffentlichten Meinung entzündet, kann also nicht an den Überraschungseffekt liegen, mit der die Option eines Beitritts durch die Medien rauschte. Die vollzogene Osterweiterung der EU mit einer weitaus kürzeren Vorgeschichte löste bei weitem nicht derartige Ressentiments aus.
Deutschland ist in dem Integrationsprozess der Türkei ein wichtiger Faktor, leben hier doch etwa 2,5 Millionen TürkInnen. Über 700.000 sind eingebürgert. Es ist das Land, in dem die meisten türkischsprachigen MigrantInnen ihren Lebensmittelpunkt haben. Verbunden mit der Tatsache, dass die Türkei ein gern besuchtes Reiseland ist, trügt dennoch die Hoffnung, dass die Diskussionen um eine volle EU-Mitgliedschaft nicht entlang rassistischer Ressentiments verlaufen würde. Das Gegenteil ist der Fall: »In der Europäischen Union herrscht das Prinzip der Freizügigkeit. Jeder darf dort hinziehen, wo es ihm gefällt. Das gilt auch für die Türken als Mitglieder der EU – selbst wenn Brüssel Übergangsfristen von bis zu sieben Jahren wie im Falle Polens einführen sollte. Die Freiheit brächte viele anatolische Bauern auf die Beine. Experten fürchten, dass bis zu drei Millionen Menschen gen Nordwesten ziehen könnten. Etwa 15 Millionen Moslems leben in der EU, allein in Deutschland 2,5 Millionen Türken. Von

Ausnahmen abgesehen, ist ihre Integration gescheitert. Eine türkische Masseneinwanderung würde die Probleme nur noch verschärfen.« (*Die Welt*, 24. September 2004)

Die Haltungen zu einem Beitritt der Türkei gehen in den Mitgliedsstaaten der EU weit auseinander. In Deutschland wird von der Kanzlerin eine sogenannte »Privilegierte Partnerschaft« in Aussicht gestellt. Deren Inhalt weiß sie selbst jedoch nicht wirklich zu formulieren. Die Gegner einer wie auch immer gearteten Mitgliedschaft der Türkei bringen gerne die in ihren Augen misslungene Integration der türkischen MigrantenInnen in Anschlag. Diese böten ihrer Ansicht nach einen Vorgeschmack auf die Probleme, die mit einem Beitritt der Türkei auf die EU zukommen würden. Grund dafür ist für diese Multikulturalisten, die in ihren Augen unüberwindbare Bedeutung unterschiedlicher »kultureller Wurzeln«, sowie Defizite gegenüber einer in Europa sehr weit gediehenen demokratischen Sozialisation. Als bestimmendes Moment für Kultur wird hierbei kurioser Weise die Religion stark gemacht. Sie entspricht in ihrer Abgrenzung der so pathetisch klingenden »Achse des Bösen«. Hier die jüdisch-christlichen Kulturnationen und dort »geläuterte islamische Barbaren«.

Wurden noch in den 80ern Panzer in die Türkei verkauft, mit dem Hinweis auf den Säkularisierungs- und Demokratisierungsprozess in der Türkei und Anfang der 90er dankbar NVA-Restbestände dorthin entsorgt, so wird nun das Gegenteil attestiert und gegen einen Beitritt gebraucht. Es sind gerade wieder der aufkeimende Islamismus und schwere Mängel im Demokratisierungsprozess, die die Türkei von der EU trennen.

Einzuwenden wäre nun, dass die damaligen Rüstungslieferungen geostrategischen Überlegungen folgten, die noch dem Kalten Krieg geschuldet waren und die Türkei als Mitglied der Nato betraf; die »Achse des Bösen« also noch anders ausformuliert wurde. Doch ist der politische Anpassungsprozess der Türkei an die EU mittlerweile um einiges fortgeschritten.

Es scheint so zu sein, dass die EU bei den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei plötzlich auf ihre eigenen Ursprünge als EWG zurückgreift. Als wirtschaftlicher Zusammenschluss gibt es für die EU seit dem Beitritt der Türkei als bisher einziges Nicht-EU-Land zur Zollunion keine weitere Notwendigkeit die Einbindung der Türkei zu forcieren. Wirtschaftlich ist die Türkei für die EU-Mitgliedstaaten offen. Werden sonst im politischen Alltag Zweifel, Differenzen und Defizite gerne rhetorisch als anspornende Hürden verkauft, so werden sie in diesem Fall gerne als unüberwindlich dargestellt. Im gleichen Zuge wird gegen einen Beitritt nicht weniger als das Auseinanderbrechen der ganzen EU in Anschlag gebracht: »In dem Versuch, Europa aus den Trümmern des Weltkrieges zu führen und es zu einen, lag stets auch die Idee, ›eine Art Vereinigte Staaten von Europa‹ zu schaffen, wie es Winston Churchill 1946 in seiner Züricher Rede formulierte. Bis heute halten die meisten Mitglieder der EU daran fest. Beleg dafür ist die Umbenennung der ›Europäischen Gemeinschaft‹ in ›Europäische Union‹, von der Einführung einer gemeinsamen Währung zu schweigen. Will man den Unionscharakter bewahren, will man die Union vertiefen, ist ein europäisches Wirgefühl von Nöten. Ein EU-Beitritt der Türkei – in 20 Jahren das bevölkerungsreichste Land der EU – brächte die wirklich europäischen Staaten auseinander.« (*Die Welt*, 24. September 2004)

Mit dieser Ausgabe haben wir wieder versucht die Rassismen, die bei diesem Thema zu genüge zum Tragen kommen, genauer unter die Lupe zu nehmen. Im folgenden werden wir nun ein paar Einblicke in kulturalistische Diskurse liefern, die sich an den Vorbehalten gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei zeigen. ‹›

EU – TÜRKEI
DIE KONSTRUKTION VON BEDROHUNG UND GRENZZIEHUNG

BÜLENT KÜÇÜK

Die türkische Differenz soll als ein formatives Moment für die europäische Identität betrachtet werden, in dem entweder neue Geschichten erzählt oder alte Geschichten rekonstruiert werden. Sie bringt unmittelbar die Frage mit sich, wo die symbolischen Grenzen Europas aufhören oder anfangen, da die Dichotomie zwischen Identität und Differenz, zwischen Innen und Außen im türkischen Fall aufgrund der uneindeutigen symbolischen und geographischen Grenzen zwischen Europa und der Türkei zusammenzubrechen scheint. Ist die Türkei für die Einen der ideale Ort für ein Zusammentreffen von West und Ost, so bedeutet sie für die Anderen den idealen Ort für eine gegenseitige Grenzziehung. Insofern kann nur der Begriff Ambivalenz die Struktur des europäischen und türkischen Verhältnisses erläutern: ein paradoxes Verhältnis zwischen Attraktion und Bedrohung. Gerade diese wechselseitige Ambivalenz gibt mehr Spielraum für den Kampf um die Deutungsmacht. Das asymetrische aber doch dialogische Verhältnis zwischen den türkischen und europäischen Diskursen und deren gegenseitige Machttechniken sind entscheidend. Die Frage, nach welcher Wahrheits- beziehungsweise Identitätspolitik ein Inhalt europäischer Identität fixiert wird und wie die Türkei darauf reagiert, bekommt insofern eine zentrale Relevanz. Es geht darum, zu definieren beziehungsweise zu erfinden, was das gemeinsame Eigene und was das unerträgliche Andere ist.

AMBIVALENTE ERZÄHLUNGEN

In diesem dialogischsymbolischen Feld ist bezüglich der Türkei zu sehen, dass es die nationalistischen Okzidentalisten sind, die sich gegen die EU positionieren. Die bürokratische nationalistische Allianz konstruiert ein unehrliches doppelgesichtiges Europa, das mit Hilfe von »inneren feindlichen« Minderheiten (nicht muslimischen Minderheiten und Kurden) »die Einheit des türkischen Staates und Volkes gefährdet«. Dabei beziehen sie sich auf bestimmte historische Ereignisse und türkische nationale Mythen und rekonstruieren ein transhistorisches europäisches Subjekt, das den türkischen Staat bedrohe. Die türkische nationalistische Allianz bringt zwei zentrale diskursive Performanzen hervor. Die erste ist: entlang einer homogenen okzidentalistischen Fantasie und Bedrohungsnarrationen stellt sie die europäischen Institutionen unter Verdacht, die Legimität von europäischen politischen Kriterien in Frage, und neutralisiert innereuropäische Differenzen und interne Dynamiken und Konflikte. Die zweite ist: durch die Konstruktion eines solchen okzidentalistischen Europabildes versucht sie ein imaginäres homogenes Türkischsein zu rekonsturieren und neutralisiert innertürkische Differenzen und Identitäten. Diese türkische okzidentalische Imagination, die sich durch mangelnde Historizität und Reflexivität auszeichnet, ist mehr als eine diskursive Performanz, sie charakterisiert die türkischen Machtstrategien. Sie ist jenes Dispositiv, das versucht, die türkischen Machtstrukturen zu konsolidieren, in dem es stetig ethnische und religiöse Minderheiten unterdrückt, sie durch Bedrohungserzählungen zu internen und externen Anderen transformiert und den gesellschaftlichen Dissens außer Kraft setzt.

Bezüglich des deutsch-europäischen diskursiven Feldes ist insbesondere die Ostgrenze zu erwähnen, die eine ambivalente Funktion für die Formierung einer europäischen Identität bildet. Ambivalent, weil sie einerseits eine Grenze der Exklusion war und immer noch ist, die die Identität Europas sicherstellt, andererseits ist sie jene Grenze, die immer wieder überschritten wird und neu definiert werden muss. Jedes Mal, wenn der »Kern« Europas sich transformiert und sich neu definiert hat, war die Umdefinierung und Festlegung der Ostgrenze eine unmittelbare Folge, sowohl deren Überschreitung als auch die Ausschließung des Ostens. Eine Grenze, die verteidigt und überschritten werden muss: eine Grenze von Furcht und Attraktion gleichzeitig. Eine Grenze, die sich historisch mehrmals neu definiert und verschoben, sich in neue Formen verlagert hat, die aber nie verschwunden ist. Europa bewegt sich in den letzten Jahren zwischen einer postmodernen imperialen Diskursgesellschaft mit einer prinzipiell offenen inklusiven Identität, und einerneoorientalistischen kulturellen Gesellschaft mit exklusiver Identität, und somit zwischen politischer Offenheit und kultureller Schließung. Der europäische kulturalistisch-orientalistische Diskurs erbringt auf der umgekehrten Seite ebenfalls doppelte Leistungen: sowohl nach Außen als auch nach Innen gerichtet: Einerseits rekonstruiert er die alten imaginierten Orientbilder und versucht durch Bedrohungserzählungen Europa symbolisch zu vereinheitlichen. Er markiert und essentialisiert die kulturellen Differenzen zwischen Europa und der Türkei und versucht gleichzeitig europäische innere Differenzen zu neutraliseren. Damit wünscht er sich der Türkei gegenüber symbolische Grenzen zu ziehen. Gerade nachdem die Türkei »fähig« wurde, gewisse politische Fortschritte für die »Selbstverfeinerung« zu erbringen und sich an den europäischen politischen Normen zu orientieren, möchte man die Spielregeln verändern. Der Dolch des kulturellen Rassismus möchte sich nun hinter dem Motto der so gennanten »Integrationsfähigkeit Europas« verschanzen. Europa würde sich zu Tode erweitern und dies würde der Untergang des EU-Projekts sein.

Andererseits macht dieser Diskurs europäische muslimische und türkische Migranten zu seiner Aggressionsfläche, er transformiert sie zum Anderen. Die türkischen Migranten sind demnach »unfähig«, »sich selbst zu verfeinern« und es fehlt ihnen der Wille, sich zu integrieren, zu lernen und zu arbeiten. Umgekehrt sind sie durchaus dazu fähig sich zu ghettoisieren, zu kriminalisieren und ihre Frauen zu unterdrücken. Wenn nun die Türkei in die EU kommt, würden diese schon konstruierten »Integrationsprobleme« von muslimischen Migranten massiv zunehmen. Diese doppelte Konstruktion von Bedrohung und »othering« soll als kulturalistisch-rassistische Machttechnik verstanden werden, ein Wahrheitsregime, das dazu dient, zu beherrschen und auszuschließen.

SYMBOLISCHE KÄMPFE UM EUROPA – MINDERHEITEN IN DER TÜRKEI UND MIGRANTINNEN ALS SPIELBALL

Somit werden sowohl die nicht-muslimischen Minderheiten und Kurden in der Türkei, als auch die muslimischen Migranten in Europa zum Repertoire des symbolischen Kampfes zwischen dem türkischen nationalistischen und dem europäischen kulturalistischen Diskurs gemacht. Insofern ist eine doppelte Kritik unverzichtbar: einerseits die Kritik europäischer kulturalistischer Orientalisten, die die Türkei und muslimische Migranten als Bedrohung konsturieren, um sich kulturell zu schließen; andererseits die Kritik des türkischen okzidentalitisch-nationalistischen Diskurses, der die Legimität europäischer politischer Kriterien und Forderungen von Minderheiten in der Türkei durch Bedrohungserzählungen in Frage stellt und Europa und Minderheiten gleichzeitig unter Verdacht bringt um sich national zu schließen. ‹›

DER BEITRITT DER TÜRKEI ZUR EUROPÄISCHEN UNION

EIN ZEITGESCHICHTLICHER ÜBERBLICK

1949 Gründungsmitglied des Europarates **1952** Mitglied der 1949 gegründeten NATO **1959** Antragstellung der Türkei auf assoziierte Mitgliedschaft in der EWG, die 1957 gegründet worden war **1960** Militärputsch in der Türkei **1963** Assoziierungsabkommen mit der EWG, mit dem Ziel der Vollmitgliedschaft. In diesem *Abkommen von Ankara* wurde die schrittweise gegenseitige Öffnung der Gütermärkte beschlossen, an deren Ende eine Zollunion stehen sollte. Das Assoziationsabkommen enthält zudem in Artikel 28 bereits eine Beitrittsperspektive **1970** Unterzeichnung eines Zusatzprotokolls zum Assoziationsabkommen **1971** Militärputsch in der Türkei **1974** Intervention und Besetzung Nord-Zyperns durch die Türkei **1975** Mitglied der

KULTURLOS GLÜCKLICH? DER ABSCHIED VOM KULTURBEGRIFF

ALBERT ZECHERU, ZAG

Gesellschaftspolitische Konflikte werden derzeit vorzugsweise auf der Ebene »kultureller Differenzen« verhandelt. Kultur erscheint als dankbare Klammer, um den politischen Gehalt dieser Auseinandersetzungen unsichtbar zu machen und Frontstellungen zu zementieren.

Die Realisierung der »multikulturellen Gesellschaft« zur Befriedung kultureller Unterschiede wird allgemein als gescheitert angesehen und der schleichende Ausbruch eines »Kampfes der Kulturen« befürchtet, in der die westliche Welt durch »den Terrorismus« bedroht wird.

Kultur, so ließe sich behaupten, ist zu dem gesellschaftsbestimmenden Kriterium schlechthin avanciert und scheint im öffentlichen Mainstream nun endgültig den historisch delegitimierten Topos der »Rasse« in seiner Funktion, gesellschaftliche Konflikte zu naturalisieren, ersetzt zu haben. Vor allem innerhalb einer Reformulierung des Multikulturalismus findet ein positiv verstandener Begriff von »Kultur« Eingang in linke Debatten. Es stellt sich für die emanzipatorische Linke die Frage, inwiefern ein »Kultur«-Begriff trotz seiner realpolitischen Wirkung sinnvoll bleibt.

NEUER FEIND

Allgemein besteht für linke Interventionen in politischen Auseinandersetzungen die Gefahr, wie der »Karikaturenstreit« zeigt, sich zu einer der sich offenbarenden Frontlinien hinreißen zu lassen (zum Beispiel für oder gegen die Pressefreiheit), anstatt die Frontlinien selbst unter Beschuss zu nehmen. Kurz: Es sollten die gegebenen Verhältnisse ernst genommen werden, ohne ihnen jedoch aufzusitzen.

Diesbezüglich ist es erhellend, sich die Veränderung von politischen Konfliktlinien seit dem Ende des Kalten Krieges in »der westlichen Welt« zu vergegenwärtigen. War der Feind zuvor »der Kommunismus«, so ist es heute »der Islamismus«. Schaut man sich Dokumentationen über die Bundeswehr aus der Zeit Anfang der 90er Jahre an, so ist zu sehen, dass ihr zwischenzeitlich der Feind abhanden gekommen war. Die Bundeswehr, in der Zeit des Kalten Krieges zur Landesverteidigung vorgesehen, sah den potenziellen »Aggressor« im Ostblock. Dieser verschwand mit dem Ende des real existierenden Kommunismus und hinterließ zunächst eine Lücke. Seitdem Deutschland wieder militärisch »Interessen« im Ausland vertritt, ist die Motivation der nun zur »mobilen Einsatztruppe« gewandelten Armee gestiegen. Der bewaffnete Kampf für die Menschenrechte bietet im Rahmen des aktuellen gesellschaftspolitischen Diskurses die Möglichkeit auf ein Abenteuer am Hindukusch. Mit dieser Legitimation kann eine »wehrhafte Demokratie« Krieg führen. Der Feind ist keiner mehr für das politische System, sondern einer, der unsere (politische) Kultur gefährdet. Interessant wäre an dieser Stelle die Frage, inwiefern momentan eine Kulturalisierung der Politik stattfindet.

Der Ostblock wurde noch als politischer Gegner wahrgenommen, dessen technische und militärische Fortschrittlichkeit in manchen Bereichen viele kalte KriegerInnen fürchteten und dessen Ideologie im selben geistigen Substrat wurzelte wie die des Westens. »Dem Islam« wird dagegen attestiert, im »Mittelalter« verblieben und nicht in der Moderne angekommen zu sein. Entsprechendes verbirgt sich häufig hinter abwertenden Betonungen des »kulturellen Unterschieds« zwischen »dem Abendland« und » Morgenland «.

Als Konsequenz wird »unsere ganze Zivilisation« in einen Gegensatz zur »arabischen Welt« gestellt. Die daraus entstehenden realen Konfliktlagen erinnern sehr stark an Szenarien, die sich jeden Abend in der TV-Serie *Star Trek* für die »Konföderation«

Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die 1973 als KSZE begründet worden war **1980** Militärputsch in der Türkei **1987** Antrag der Türkei auf Vollmitgliedschaft in der EG **1995** Abkommen mit der EG über eine Zollunion und damit Beendigung des 1963 begonnen Prozesses. Die Zollunion sieht vor, dass die türkischen Zölle für Industriewaren gegenüber Drittländern an die EU-Standards angeglichen werden, sowie die zollfreie Einfuhr von Waren aus der EU in die Türkei **1996** Bestätigung der Aussicht der Türkei auf einen Kandidatenstatus, durch den Europäischen Rat. Gleichzeitig Begründung der Ablehnung des schnellen Beginns von Beitrittsverhandlungen aufgrund angeblich mangelnder politischer und wirtschaftlicher Voraussetzungen in der Türkei **1999** Der Europäische Rat verleiht der Türkei den Kandidatenstatus für einen Beitritt zur EU unter Bedingung der Erfüllung der 1993 verabschiedeten *Kopenhagener Kriterien:* Institutionelle Stabilität, demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung der Menschenrechte sowie Achtung und Schutz von Minderheiten; eine funktionsfähige Marktwirtschaft und die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck innerhalb des EU-Binnenmarktes standzuhalten; die Fähigkeit, sich die aus einer EU-Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen und Ziele, zu eigen zu machen, das heißt: Übernahme des gemeinschaftlichen Regelwerkes, des »gemeinschaftlichen Besitzstandes« (Acquis communautaire). Andere KandidatInnen zu diesem Zeit-

ergeben: immer wieder, so scheint es, wird diese zur Verteidigung ihrer Existenz in den Fernen des Weltalls gezwungen. Das Rassistische an der Rezeption aktuell gesellschaftspolitischer Konflikte einerseits und dem entsprechenden Handeln andererseits ist, wie in der Science-Fiction-Serie vorexerziert, das gegenseitige Isoliertsein der Parteien, die klare Feindbestimmung, ihre ausschließlich kriegerische Beziehung und die gegenseitige Abwertung.
Die im Faschismus virulente Angst vor dem Untergang »der eigenen Rasse« erscheint heute in einem neuen Gewand und wird zur Angst vor dem Untergang »der eigenen Kultur«. Sämtliche kriegerischen oder sicherheitspolitischen Interventionen verschiedener Staatsmächte gegen den »international agierenden Terrorismus« verlaufen nach der kriegerischen Devise: entweder Wir oder die Anderen. Was sich innenpolitisch als Reinhaltung der eigenen Kultur artikuliert, äußert sich außenpolitisch als Verteidigung im »Kampf der Kulturen«.
Als Gegenkonzept Kultur von seiner politischen Relevanz trennen zu wollen ist nicht viel mehr als Folklore. Jedes Konzept von »Multikulturalität«, so kritisch es auch sein mag, hakt an genau diesem Punkt. Die damit verbundene Berufung auf »gegenseitige Toleranz« ist gerade ein Indiz für dieses äußerst unpolitische Verständnis der Konfliktlagen. Sich gegen eine institutionelle Inbeschlagnahme von »Kultur« zu wenden ist wichtig, doch ist das Gegenteil davon in keinster Weise »kulturelle Toleranz« im »gegenseitigen Miteinander«. Wer statt »Gleiches Recht für alle« Toleranz fordert, zelebriert nichts anderes als politische Gleichgültigkeit, anstatt eine Vergesellschaftung unter »Gleichen« voranzubringen. Peinlicherweise verbleibt man dabei auch in genau der Differenz, die vom politischen Gegner behauptet wird. ‹›

VON IDENTITÄTSUNSICHERHEIT ZU IDENTITÄTSSICHERHEIT? TÜRKISCHE NACHKOMMEN IN DER NACHWENDEZEIT

DR. DES. NEVIM CIL

1989 markiert ein Jahr des Umbruchs für die deutsche Gesellschaft. Der Mauerfall und die ein Jahr später erfolgte Wiedervereinigung bedeuteten, Veränderungen im sozialen und politischen Gefüge Deutschlands neu auszutragen. Die in den achtziger Jahren präsente Hoffnung einiger Teile der Bevölkerung, eine nach Partizipation und Zugehörigkeit definierte Gesellschaft zu konzipieren – unabhängig des Passes–, wurde mit dem aufflammenden Nationalisierungsprozess im neuen Deutschland beendet. Entlang der ethnisierten und nationalisierten Zugehörigkeitskriterien war nun Deutschland im Begriff, sich selbst neu zu ordnen. Man könnte sogar sagen, dass der Mauerfall und die Wiedervereinigung den unterdrückten Nationalgefühlen zum Ausbruch verhalfen. Die Brandanschläge in Rostock-Lichtenhagen,Hoyerswerda, Mölln und Solingen hinterließen,

punkt sind Bulgarien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, die Tschechische Republik, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Zypern und Malta **2000** Verabschiedung der 1. Beitrittspartnerschaft durch den EU-Ministerrat mit der Türkei **2001** Europäischer Rat von Kopenhagen: Festlegung eines Datums für die Entscheidung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei **2002** Verabschiedung einer 2. Beitrittspartnerschaft durch den EU-Ministerrat **2003** Entscheidung über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei durch den EU-Ministerrat in Brüssel **2004** Aufnahme von zehn neuen Mitgliedern der EU am 1. Mai. Beginn der offiziellen Beitrittsverhandlungen zwischen EU und Türkei am 3. Oktober

... FORTSETZUNG FOLGT

zivilgesellschaftlich betrachtet, eine verwüstete Landschaft. Demokratische Errungenschaften wie eine stabile Zivilgesellschaft und Schutz vor Übergriffen waren über Nacht in ihr Gegenteil verkehrt worden. Anfang der 1990er Jahre trat eine Gesellschaft hervor, die nicht davor zurückschreckte, Menschen in Brand zu setzen. Dies beendete den Traum vieler türkischer Nachkommen, an eine Gesellschaft zu glauben, die ihnen eine Aufnahme in diese Gesellschaft versprach.

KEHRTWENDE IN DER DEBATTE

Wurde vor 1989/90 die öffentliche und insbesondere die wissenschaftliche Auseinandersetzungen zu türkischen Jugendlichen vor allem unter dem Blickwinkel der Identitätsunsicherheit geführt – »zwischen zwei Stühlen«, »Schwierigkeiten in der Akkulturation« sind nur Stichpunkte dieser Diskussionen – wandelte sich nach 1989/90 diese Perspektive in ihr Gegenteil. In den seit Anfang der 1990er Jahre geführten Debatten steht die Identitätssicherheit, die sich in der klaren Zugehörigkeit als MuslimIn, gar als IslamistIn, oder der Überbetonung der nationalen Zugehörigkeit als TürkIn äußert, im Vordergrund. Der Wandel der öffentlichen und wissenschaftlich-federführenden Diskussionen von Identitätsunsicherheit zu Identitätssicherheit der türkischen Jugendlichen brachte mit sich, dass verstärkt über die Entstehung von Parallelgesellschaften und der Integrationsunwilligkeit vor allem von türkischen MigrantInnen gesprochen wird. Welche Auswirkungen jedoch haben die gesellschaftlichen Umbrüche auf die türkischen Nachkommen tatsächlich? Und vor allem welche Tendenzen werden in ihrer Position zu Deutschland seit 1989/90 deutlich?

Tatsache ist, dass die gesellschaftlichen Umbrüche nach 1989/90 das Selbstverständnis und die Selbstverortung der Nachkommen verändert haben. Ihre Fremdheit wurde durch mediale, öffentliche und wissenschaftliche Diskussionen überbetont. Viele Nachkommen fanden sich in einer sozial verengten und für sie vordefinierten Position wieder, nämlich in der Position des/der AußenseitersIn. Gerade Nachkommen, die in den achtziger Jahren sozialisiert wurden, also in einer Gesellschaft aufgewachsen sind, die auch von Diskussionen über das kommunale Wahlrecht, den Partizipationsmöglichkeiten ohne einen Passwechsel geprägt war, zeigen sich besonders enttäuscht von der Wiedervereinigungsphase. Gleichzeitig sind diese Nachkommen diejenigen, die von den Bestrebungen der achtziger Jahre profitiert haben, da sie ihren Fokus auf eine gute Bildung und auf Sprachkenntnisse gelegt hatten. Die Diskussionen der achtziger Jahre haben diese Nachkommen in dem Glauben gelassen, dass ein Gruppenwechsel, nämlich weg von der Außenseitergruppe hin zur Mehrheitsgesellschaft, möglich sei. Die Wendezeit offenbarte ihnen jedoch, dass sie Außenseiter bleiben werden und zwar ungleich wie gut sie die deutsche Sprache beherrschen und ungleich inwiefern sie sich sogenannte deutsche Lebensgewohnheiten aneignen.

AUSSCHLUSS AUS DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT

1989/90 bezeichnet in diesem Sinne auch für die türkischen Nachkommen eine Wende in ihrer Beziehung zur deutschen Gesellschaft. Diese Wende, die sich in der Irritation über das Geschehene und dem Ausschluss aus der deutschen Gesellschaft zeigte, mündete für viele Nachkommen in einer Infragestellung der einseitigen und unkritischen Übernahme von mehrheitsgesellschaftlichen Integrationsforderungen. Die Skepsis und die Zurückweisung der Integrationsforderungen wird in der öffentlichen und federführenden wissenschaftlichen Diskussion als eine »Re-Ethnisierung« als eine Schaffung von »Parallelgesellschaft« und »ethnischen Enklaven« verstanden. Diese Debatten suggerieren, dass die sogenannte Selbstethnisierung der türkischen Nachkommen ein aktiver und somit gewollter Prozess sei. Deutlich ist aber ihr Gegenteil. Diese Debatten kaschieren zunehmend die ungleichen Machtverhältnisse, sie sind sogar als ein Indiz des einseitigen Diktates zu verstehen.

Enttäuschung, Ohnmachtsgefühle und der Versuch, den nun offensichtlich gewordenen verengten sozialen Status als AußenseiterIn zu verändern, führten dazu, dass die sogenannte eigene Gruppe mit neuen Augen betrachtet wird. Standen vor 1989/90 die Integrationsinhalte der Mehrheitsgesellschaft im Vordergrund, verschiebt sich die Perspektive seit dem Mauerfall und der Wiedervereinigung auf die Suche nach neuen Beziehungsquellen. Es findet – mit den Worten der Mehrheitsgesellschaft – eine Selbstethnisierung statt, um sich zu schützen und um sich auf sich zu besinnen. Diese Selbstethnisierung verdeutlicht einerseits nur zu genau, wie sehr der gesellschaftliche Handlungsspielraum, das heisst auch der Prozess der Identitätsbildung, von türkischen MigrantInnen eingeengt ist. Andererseits offenbart sie auch, dass die Mehrheitsgesellschaft sie nur dann erduldet, wenn sie als Negativfolie für die eigene Gesellschaft dienen. Sie sind also nur dann von Nutzen, wenn sie sich als »Türke« zu erkennen geben und keine Ressourcen streitig machen. Dass sie dann gerade aus diesem Grund angefeindet werden, ist politisch kalkuliert, es gehört zum Machtspiel dazu.

Mit dem nun offensichtlich verengten Handlungsspielraum der türkischen Nachkommen nach 1989/90 gewinnen Themen wie die eigene Gruppe, der Lebensweg der ersten Arbeitergeneration und die Rückkehr immer mehr an Bedeutung. Interessant ist dabei, dass gerade gut Ausgebildete und somit am meisten an Bildung Orientierte, ihre Unzufriedenheit über ihre soziale Position kundtun und eine Rückwanderung in das Heimatland ihrer Eltern nicht mehr ausschließen.

Das Thema Rückkehr wird ihrer klassischen Bedeutung enthoben und erhält so eine sozialpolitische Dimension. Die soziale Erfahrung der Ablehnung und die vergebliche Mühe, ein Teil der deutschen Mehrheitsgesellschaft zu werden, verschieben das Thema Rückkehr in ein neues Licht. In diesem Kontext wird Rückkehr als ein durch die gesellschaftliche Veränderung hervorgerufenes Projekt verstanden. Eine Bedeutungsverschiebung erfährt auch die Enklave. Sie dient nunmehr verstärkt als eine Plattform, um sich im neuen Deutschland zu orientieren. Die Kriterien dafür werden jedoch nicht (beziehungsweise nicht mehr entlang) den Vorstellungen der Mehrheitsgesellschaft geschaffen. Rückkehr und Enklave erhalten seit 1989/90 also eine gesellschaftspolitische Aussagekraft, die in der Mehrheitsgesellschaft zu Integrationsunwilligkeit umformuliert werden, von den Betroffenen selbst jedoch als ein notwendiges Instrument der Selbstbesinnung und der Neupositionierung zu Deutschland eingesetzt werden.

1989/90 hat die Beziehung zwischen der deutschen Mehrheitsgesellschaft und den türkischen Nachkommen neu geordnet. Es beschreibt eine Zäsur in der Zugehörigkeitsfrage zu Deutschland. Was bleibt ist eine offensichtliche und damit unverschleierte Machtasymmetrie. Was auch bleibt sind die Ohnmacht, die Enttäuschung und die Vorsicht gegenüber den Versprechungen dieser Gesellschaft. ‹›

ANMERKUNG Die Doktorarbeit mit dem Titel ***Generation, Migration und der deutsch-deutsche Wiedervereinigungsprozess.*** *Positionen türkischer Außenseiter im Kontext der gesellschaftlichen Umbruchsphase* erscheint voraussichtlich im September 2006 im Hans Schiler Verlag, Berlin **Kontaktadresse** nevim.cil@web.de

SEXUELLE FOLTER ALS METHODE DES VERHÖRS UND MITTEL DER KRIEGSFÜHRUNG WELTWEIT

EIN GESPRÄCH MIT DEM FRAUENRECHTSBÜRO GEGEN SEXUELLE FOLTER E.V.

DAS BERLINER FRAUENRECHTSBÜRO GEGEN SEXUELLE FOLTER E.V. KNÜPFT MIT SEINER ARBEIT AN DAS ISTANBULER PROJEKT HILFE FÜR FRAUEN, DIE VON STAATLICHEN SICHERHEITSKRÄFTEN VERGEWALTIGT ODER AUF ANDERE WEISE SEXUELL MISSHANDELT WURDEN AN.
DIESES BÜRO WURDE 1997 VON EREN KESKIN UND ANDEREN RECHTSANWÄLTINNEN GEGRÜNDET. BEIDE PROJEKTE SOLLEN BETROFFENEN FRAUEN UNENTGELTLICHE RECHTLICHE HILFE ANBIETEN. GEGEN STAATLICHE TÄTER WERDEN BEI DEN STAATSANWALTSCHAFTEN STRAFANZEIGEN ERSTATTET. BEI ERGEBNISLOSER AUSSCHÖPFUNG DES INNERSTAATLICHEN RECHTSWEGES LEGEN ANWÄLTINNEN KLAGE BEIM EUROPÄISCHEN GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE EIN. 25 VERFAHREN SIND DORT MITTLERWEILE ANHÄNGIG.

ZAG *Seit wann gibt es das FrauenRechtsBüro und wie ist es entstanden?*

FrauenRechtsBüro Auch im Exil leben unzählige Frauen aus der Türkei und den kurdischen Gebieten, die bis heute nicht über die an ihnen begangenen Verbrechen reden konnten. Die geltenden Glaubwürdigkeitskriterien in Asylverfahren, wie zum Beispiel Detailreichtum in der Darstellung des Erlebten und das Erinnern von Daten, missachten völlig die Realität, in der sich die Betroffenen befinden. Scham und Angst vor möglichen Racheakten sowohl der Familien als auch insbesondere des Staates selber hindern die Frauen häufig am Sprechen.

In der BRD führen so fehlende Kenntnisse der Rechte, Möglichkeiten und Notwendigkeiten im Bereich Asylverfahren, Sprachprobleme, fehlende Vertrauensverhältnisse, eine erneute Retraumatisierung insbesondere durch verständnislose und demütigende Behandlung auf Behörden und Ämtern und eine mangelnde Zukunftsperspektive für die betroffenen Frauen oft zu totaler Isolierung und Selbstaufgabe. Diese Realität machte es notwendig, auch im Exil tätig zu werden und führte zur Gründung des Vereins *FrauenRechtsBüro gegen sexuelle Folter e.V.* mit Sitz in Berlin.

Das Berliner Projekt begann bereits im Jahr 2000 inoffiziell mit seiner Arbeit. Es wurden Veranstaltungen in verschiedenen Regionen Deutschlands durchgeführt und regelmäßige Treffen mit Frauen aus der Türkei und den kurdischen Gebieten organisiert. Schon in diesem Jahr wandten sich die ersten Frauen hier im Exil an uns. Im März 2001 wurde der Verein im Vereinsregister eingetragen und die Gemeinnützigkeit zuerkannt. Seit dem 01. Juni 2001 verfügt der Verein über eigene Räume.

Kooperationsprojekt des Büros ist das Istanbuler Projekt. So konnten die Frauen, die aus Repressionsgründen nicht mehr in der Türkei bleiben konnten, direkt an uns vermittelt werden. Sie konnten von Anfang an in ihrer Asylbeantragung sehr gut unterstützt werden.

ZAG *Was ist der Arbeitsschwerpunkt des Büros?*

FrauenRechtsBüro Es war das Ziel unseres Vereins, gemeinsam mit betroffenen Frauen ein Netz aufzubauen, das alle Lebensbereiche umfassen soll. Hierfür suchen wir die Zusammenarbeit mit Anwältinnen, Ärztinnen, Therapeutinnen aus Behandlungszentren für Folterüberlebende, weiteren Medizinerinnen, Sozialarbeiterinnen, Sprachmittlerinnen, Flüchtlingsorganisationen und allen anderen interessierten und engagierten Frauen. Die Hauptlinien unserer Arbeit können wie folgt zusammengefasst werden: **1** Durchsetzung der Strafverfolgung staatlicher Täter von Folter generell und sexualisierter Folter an Frauen speziell sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene, **2** Durchsetzung der Anerkennung frauenspezifischer Verfolgungssituationen als politische Verfolgung im Sinne der Genfer Flüchtlingskonvention und des Asylrechts der BRD.

ZAG *Wie arbeitet das FrauenRechtsBüro? Wie stellt es Kontakte zu den betroffenen Frauen her?*

FrauenRechtsBüro Heute müssen wir einräumen, dass die Begleitung der Asylverfahren sowie bei den übrigen Behördengängen unsere personellen Kapazitäten leider erschöpft hat, was auf Kosten der Öffentlichkeitsarbeit ging. Es war uns kaum noch möglich auf die Vorfälle in der Türkei und in Kurdistan mit Presseerklärungen oder dergleichen zu reagieren.

Der Aufruf an die Frauen, Anzeige gegen die Folterer zu stellen, war nur sehr vereinzelt erfolgreich. Dazu ist es nötig zu verstehen, dass die Frauen bei Anzeigeerstattung damit rechnen müssen, dass die türkischen Sicherheitskräfte als erstes zu ihrer Familie gehen werden, um diese unter Druck zu setzen. Die Frauen haben selbstverständlich Angst um ihre Familienangehörigen, während sie hier im Exil sind. Dazu wissen viele ja selbst noch nicht, ob sie auf Dauer hier bleiben können werden. Selbstverständlich stellte für viele Frauen auch die Angst vor der Ausgrenzung aus der Familie ein Hindernis für die Erstattung einer Anzeige dar.



Deswegen stellt es für uns bereits ein Erfolg dar, dass in zwei Verfahren gegen die Folterer, Frauen von hier, aus dem Exil heraus, ihre Aussage machen konnten. So etwas nennt sich Rechtshilfeverfahren und bedeutet, dass die Verfahren in der Türkei laufen, während die Frauen sich im Exil befinden.
Die Kontakte zu den Frauen, die sich bereits in der BRD befanden, kamen oft durch Veranstaltungen zustande, die wir im ersten Jahr noch häufig bundesweit durchgeführt haben. Außerdem hat es nicht wenige Veröffentlichungen unserer Arbeit in den kurdischen Medien gegeben. Dies hat sowohl kurdische Frauen als auch Frauen aus der türkischen Linken erreicht.
Aus gegebenem Anlass stellen wir die Begleitung in Asylverfahren und sonstigen Behördensachen ein und wollen uns wieder der Recherche- und Öffentlichkeitsarbeit zuwenden.

ZAG *Beobachtet ihr eine Funktionalisierung linker Kritik durch konservative und rechte Gegner des Türkeibeitritts innerhalb der EU? Wie versucht das FrauenRechtsBüro die politische Vereinnahmung innerhalb der EU-Beitrittsdiskussion zu verhindern?*
FrauenRechtsBüro Es besteht immer die Gefahr, dass eine Kritik an der Menschenrechtssituation eines bestimmten Landes von Kreisen benutzt wird, denen die Menschenrechte in einem anderen Land ziemlich gleichgültig sind, die Kritik daran ist nur ein Vorwand, um die eigentlichen Vorbehalte und Interessen zu verdecken, wirtschaftliche, geostrategische oder rassistische. Dies kann aber aus unserer Sicht nicht zur Konsequenz haben, die eigene Position zu relativieren oder weniger offensiv zu vertreten.
Allerdings haben wir nicht den Eindruck, dass unser Hauptthema, die Tatsache der weiter bestehenden Existenz sexualisierter Folter an Frauen in der Türkei, verbunden mit katastrophalen Folgen für die Betroffenen und gleichzeitiger Straflosigkeit der Täter, – abgesehen von einigen, ganz seltenen Ausnahmefällen –, von irgendeiner Seite massiv aufgegriffen und funktionalisiert werden würde. Unser Eindruck ist eher, dass es in letzter Zeit ein verstärktes Interesse an Ehrenmorden gibt, ansonsten sich aber kaum jemand für »unser« Thema interessiert.
Sollten wir den Versuch einer Funktionalisierung durch welche Gruppe auch immer bemerken, würden wir darauf mit dem Versuch reagieren, die Motivation dieser Gruppen offen zu legen und uns kritisch mit der Glaubwürdigkeit ihrer Position auseinanderzusetzen.
Das Projekt in der Türkei vertritt eine ähnliche Position. Sie sind für den EU-Beitritt (für den Fall unumkehrbarer demokratischer und freiheitlicher Änderungen im politischen System der Türkei) und tragen daher in aller Deutlichkeit ihre Kritik an den Verhältnissen in der Türkei vor.
Das massenweise Aufgreifen der fürchterlichen Realität von Ehrenmorden und allen damit zusammenhängenden Problemen der betroffenen Frauen wird dabei allerdings dahingehend funktionalisiert, eine Ausgrenzung »andersartiger Kulturen« zu betreiben. Dies ist insoweit auch interessant, als das Aufgreifen unseres Anliegens eine scharfe und unmissverständliche Haltung insbesondere dem politischen Machtsystem der Türkei gegenüber zur Folge haben müsste, während sich bei der Auseinandersetzung mit der Realität der Ehrenmorde darauf beschränkt werden kann, die »Rückständigkeit« einer Gesellschaft durch gleichzeitige Erhebung über dieselbe zu demonstrieren.

ZAG *Welche politischen und praktischen Chancen/Möglichkeiten bietet das derzeitige Medieninteresse?*
FrauenRechtsBüro Das Medieninteresse beschränkt sich eher auf die Beschreibung der »rückständigen« Verhältnisse im türkischen und kurdischen Gesellschaftsgefüge. Eine Auseinandersetzung mit dem politischen Machtgefüge, dem daraus resultierenden Nationalismus und Militarismus mit allen menschenrechtsverachtenden Folgen in der Praxis der Türkei sowie der lediglich von politischen, wirtschaftlichen und militärischen Interessen geprägten diplomatischen Kumpanei und der daraus resultierenden verheerenden Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik Deutschland findet nicht statt. ‹›

KONTAKT FrauenRechtsBüro e.V., c/o ARI, Colbestraße 19, 10247 Berlin, Telefon 030-62737941, Fax 030-62737942, E-Mail info@womensrightsproject.de, Internet www.womensrightsproject.de

GESCHEITERTE INTEGRATION MIT JEDER MENGE SCHUBLADENDENKEN

PHILLIP BITTNER

»Liga probt den Aufstand gegen Dicle« titelte die Lokalzeitung in Celle im vergangenen Herbst. Der SV Dicle ist der einzige ausländische Verein in der Bezirklasse des Bezirks Lüneburg in Niedersachsen. Okay, zugegeben, der SV Dicle ist kein türkischer Verein, sondern wurde von den jezidischen Kurden in Celle gegründet. Doch erstens wissen das die wenigsten der Gegner und zweitens ist es ihnen wahrscheinlich vollkommen egal. Auf dem Platz sind sie oftmals nur die »Scheiß Ausländer« oder die »Kanaken«. Und nun wollen einige Mannschaften nicht mehr gegen sie spielen. Den Anfang machte ein Klub aus Neu Wulmstorf. Aus Angst vor Unruhen hieß es. Doch es gilt genauer hinzusehen, was steckt wirklich hinter dieser Spielabsage?
Wie bei jedem Problem gilt es auch hier die Situation umfassend zu beurteilen. Worin gründen sich die Ursachen? Wie hat

sich die Situation entwickelt? An dieser Stelle gilt es sich vom konkreten Einzelfall zu lösen, denn die Entwicklungen in Celle sind exemplarisch für viele türkische und andere ausländische Vereine in Deutschland.

Schon die Vereinsgründungen vieler türkischer Vereine entpuppen sich als Konsequenzen gescheiterter Integration. Das Spielen in einer rein türkischen Mannschaft mache mehr Spaß, die Gemeinschaft und der Zusammenhalt in der Mannschaft sei besser als bei anderen Vereinen, geben Spieler eines türkischen Vereins im Raum Stuttgart an. Doch warum ist das so? Ursprünglich gab es in Deutschland in den Vereinen und Mannschaften nur wenige türkische Spieler. Die Einsatzzeiten waren oftmals nur dürftig, auch wenn die Leistung stimmte. Nach und nach stieg die Zahl der türkischen Einwanderer an und auch die türkischen Spieler in den Vereinen wurden zahlreicher. Als Konsequenz der Benachteiligungen schlossen sich die türkischen Spieler zu eigenen Mannschaften innerhalb der Vereine zusammen. Seit diesem Schritt bangte die Konkurrenz um die Ressourcen, die zum Spielen nötig sind; Trainingsplätze, Trainingszeiten, Geldmittel, Vereinsbusse und vieles mehr. So konnte es durchaus sein, dass sich ausländische Mannschaften erst ab 21 Uhr auf die Anlagen begeben konnten, da vorher angeblich keine Plätze frei waren.

Die logische Folge dieser Zurücksetzungen waren die Gründungen eigener Vereine. Zwar verbesserte sich die Ausgangslage um die monetären und materiellen Ressourcen nicht wirklich, aber es herrschte zumindest Unabhängigkeit. Gültig ist in diesem Zusammenhang eine bis heute nicht revidierte Grundsatzentscheidung zur Eingliederung eigenethnischer Vereine, die durch den Deutschen Sportbund (DSB) im Jahre 1981 herausgegeben wurde. Die so genannten »Ausländervereine« seien nur dort zu billigen, wo eine Überfremdung drohe. Kurz gesagt: Assimilation ist das Zauberwort. Werden es zu viele, raus damit! Und wenn sie dann gehen, wird aufgeschrieen: Die wollen sich doch gar nicht integrieren! Dass man den ursprünglichen Vereinskameraden keine Integrationschance gelassen hat, wird dabei schön verschwiegen.

Die eigenethnischen Vereine werden von ihren Mitgliedern als Mittel zur Stärkung der eigenen Identität empfunden. Anerkennung wird innerhalb der Gruppe zuteil. Eigene Traditionen werden gepflegt und neu begründet. Mit echtem Integrationswillen auf deutscher Seite von Anfang an wäre dies überhaupt nicht notwendig gewesen. Die deutschen Vereine hätten zur türkischen Identität in Deutschland beitragen können. Sie wären ein Platz geworden, in denen man gemeinsam Anerkennung hätte erlangen können und wären somit zu einem Teil gemeinsamer Traditionen geworden. Die Realität ist jedoch bekanntermaßen eine andere.

Realitäten sind jedoch auch die Probleme, die als Folge der eigenethnischen Vereine vor allem in den unteren Ligen im deutschen Amateurfußball auftreten. Nicht selten enden sie in Handgreiflichkeiten zwischen den Mannschaften, gegen den Schiedsrichter und unter den Zuschauern. Doch warum treten diese Probleme ausgerechnet beim Fußball auf? Fußball ist ein Sport der Emotionen hervorruft. Er ruft sie nicht nur hervor, ohne Emotionen könnte der Fußball nicht funktionieren. Freude, Ehrgeiz, Siegeswillen – für ein gutes Spiel unerlässlich. Nichts ist langweiliger für Zuschauer und Spieler als ein emotionsloses Gekicke. Meist sorgen dann die Fans mit Kommentaren und Gesängen für die nötigen Emotionen außerhalb des Platzes.

Ein weiteres »Problem« des Fußballs ist eine ganz einfache Maxime: Gewinnen ist alles! Zwar hat man sich in den Regeln auch die Möglichkeit eines Unentschieden offen gehalten, doch Pokale und Meisterschaften werden mit Unentschieden nicht geholt. So entstehen während des Spiels Wettkampfkonflikte auf dem Fußballfeld, die durch sportliche Mittel ausgetragen werden. Gerade in den unteren Ligen in Fußballdeutschland geschieht dies oftmals mit limitierten fußballerischen Mitteln. Da springt schon mal ein Ball vom Fuß und der gegnerische Stürmer wird aus den Augen verloren. Auch rauscht der kantige Verteidiger dem Gegner schon mal ungestüm in die Beine. Das ist manchmal Absicht, aber oftmals auch nur einfach Unvermögen. Das Resultat ist immer das Gleiche – die Emotionen kochen hoch. Mal richtet sich das gegen den Mitspieler, mal gegen den Gegner und prinzipiell natürlich immer gegen den Schiedsrichter. Die Emotionen verbleiben dabei nie nur auf dem Platz, denn Fußball fördert Gruppenidentifikationen. Am Ende stehen sich Spieler und Fans beider Mannschaften gegenüber und der Schiedsrichter mittendrin. Dass die Schiedsrichter nicht fehlerfrei sind und mit ihrem Können eher in der gleichen Leistungsklasse angesiedelt sind wie die Mannschaften, wird dabei gerne übersehen.

Die logische Konsequenz der Charakteristika des Fußballs sind also Konflikte rund um den Sportplatz. Doch warum geraten diese Konflikte bei Beteiligung türkischer oder anderer ausländischer Vereine oftmals außer Kontrolle, dass rote Karten schon zu den harmlosen Strafen gezählt werden müssen? Einen Schuldigen dabei zu finden erweist sich als aussichtsloses Unterfangen. Beide Parteien machen immer wieder die gleichen Fehler. Im Folgenden sollen einige Verhaltensmuster und Zusammenhänge aufgezeigt werden.

Wenn durch die eigene Limitation der Gegner nicht geschlagen werden kann, greift man gerne zu Psychotricks. Nicht selten läuft das ganze dann aber auf Provokationen hinaus. Wird der Gegner dann nicht zum eigenen Kulturkreis gezählt, ist die rassistische Beleidigung nicht weit. Als Rassisten fühlen sich die Spieler nicht, das dürfe man doch nicht so eng sehen. Die Reaktion der anderen Seite bleibt dann meist nicht aus, da das emotionale Gleichgewicht auf dem Platz generell nicht das Beste ist. Leider bleibt es dabei nicht bei einem harmlosen Foul, sondern weitet sich unerfreulicher Weise in Revanchefouls und Tätlichkeiten aus, die vom Schiedsrichter geahndet werden müssen. Dieser hat meistens die in trauter Zweisamkeit ausgetauschten rassistischen Entgleisungen nicht mitbekommen und der Beleidigte sieht sich zu Unrecht bestraft. Nun könnte man natürlich sagen, man muss sich auf dem Platz im Griff haben, denn schließlich beleidigen sich auch die Deutschen untereinander. Wer so etwas behauptet hat bisher keine rassistische Beleidigung in fremden Ländern am eigenen Leibe erlebt. Dabei ruhig zu bleiben fällt schwer. Es erfordert vielmehr eine stark ausgeprägte Selbstbeherrschung, die nicht jeder sein Eigen nennt. Und außerdem: Wieso muss sich der Angegriffene ändern und nicht der Angreifer?

RASSISMUS AUF DEM SPIELFELD

Neben diesem stark verbreiteten Schema, spielen jedoch auch offener Rassismus und viele Vorurteile eine Rolle. Letztere bauen meist auf subjektiven Denkmustern ohne faktische Grundlagen auf und reichen von sportlicher Natur bis hin zur allgemeinen Verhaltensklassifizierung. So gelten türkische Spieler bei ihren Gegnern als Schwalbenkönige und Provokateure oder nicht selten generell als Schläger. Dies führt schon vor dem Anpfiff zu einer gespannten Situation.

Aber auch auf der türkischen Seite gibt es jede Menge Schubladendenken. Nicht jeder Wettkampfkonflikt wird mit einem rassistischen Hintergrund ausgefochten. Doch dieser wird oftmals

pauschal allen Beteiligten unterstellt. Gleiches gilt für angebliche Fehlentscheidungen des Unparteiischen. Gleichwohl soll auch hier betont werden, dass offen rassistische Schiedsrichter durchaus anzutreffen sind. Auffällig ist zudem der große Ehrgeiz, mit dem auf türkischer Seite das Spiel angegangen wird. Dies hat einen einfachen Hintergrund. Der Fußball bietet die Möglichkeit zur Profilierung gegenüber den im gesellschaftlichen Leben nicht selten bevorzugten deutschen Mitbürgern. Dabei wird dann jedoch leider über das Ziel hinaus geschossen und sich auf das gleiche nicht sonderlich hohe Niveau des Gegners herabgelassen. Dies gilt nicht nur für die Spieler sondern auch für die Zuschauer.

Unter Berücksichtigung dieser Zusammenhänge gilt es nun, das Verhalten in Neu Wulmstorf neu zu betrachten. Unruhen entstehen nicht ohne Grund. Kein ausländischer Verein zieht brandschatzend durch die Ligen. Kann es sein, dass man in den »Neu Wulmst(d)örfern« der Republik die störenden »Ausländervereine« einfach los werden wollte? Der Schuss ist zumindest in der Bezirksklasse Lüneburg nach hinten losgegangen. Das Spiel wurde für den SV Dicle gewertet. Die einzige Möglichkeit um einen regelgerechten und fairen Spielbetrieb zu sichern.

Dennoch ist sich die Frage zu stellen, was zu tun ist, damit die Konflikte wieder auf normale Wettkampfkonflikte reduziert werden? In Celle versuchte man es auf Seiten des SV Dicle mit einem eigenen Sozialpädagogen, der die eingefahrenen Verhaltensmuster der Spieler zu ändern versuchte. Insgesamt erscheint dieser Ansatz als zu kurzsichtig, wenn er nicht auch auf deutscher Seite ansetzt. Fußball ist ein Spiegelbild der Gesellschaft. Deshalb gilt es generell, das Bewusstsein der Menschen zu ändern. Die Spieler, die in den Amateurligen jedes Wochenende die Kugel über den Rasen jagen, sind ganz normale Menschen, die nicht nur in der Parallelwelt Fußball beheimatet sind. Rassismus ist kein Kind des Fußballs, er dringt nur hier gerne und unverhohlen ans Tageslicht. ‹›

VOLL DIE ARSCHKARTE!
ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG DER LEBENSVERHÄLTNISSE TÜRKISCHER MIGRANTINNEN IN DEUTSCHLAND

KLAUS MÜLLER, ZAG

SOZIALSTRUKTUR

Zu Beginn der Zuwanderung, mit dem »Abkommen zur Anwerbung türkischer Arbeitskräfte für den deutschen Arbeitsmarkt« vom 31. Oktober 1961, kamen fast ausschließlich erwerbstätige Männer in die Bundesrepublik. Inzwischen sind nur noch ein Viertel der türkischstämmigen Menschen in Deutschland ArbeitsmigrantInnen. 53% wanderten im Zuge der Familienzusammenführung ein, und 17% der erwachsenen TürkInnen sind bereits hier geboren, also nach dem neuen Staatsbürgerschaftsrecht (mit Einschränkungen) Deutsche. 1973 lebten 0,9 Millionen Menschen mit türkischem Pass in Deutschland. In den achtziger Jahren pendelte sich ihre Zahl bei zirka 1,5 Millionen ein; ab Anfang der neunziger Jahren wuchs sie auf heute 2,4 Millionen. Davon haben sich rund 400.000 einbürgern lassen. Mehr als die Hälfte der Erwachsenen lebt seit über 20 Jahren hier. Von zirka 2 Millionen türkischen Staatsangehörigen sind etwa 800.000 jünger als 21 Jahre; weitere 445.000 sind zwischen 21 und 30 Jahre alt. Damit stellen junge MigrantInnen 60% der türkischstämmigen Bewohner in der Bundesrepublik. Der Anteil der älteren Menschen wird von 6,8% im Jahre 1997 auf 24,1% 2030 steigen; er ist in dieser Bevölkerungsgruppe nicht so hoch wie unter der Gesamtbevölkerung (1997: 22,5%; 2030: 36,2%).

SCHULBILDUNG

Ein gern übersehener Fakt ist, dass in Deutschland inzwischen fast ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen aus Familien mit »Migrationshintergrund« stammt; türkischstämmige Jugendliche bilden hierbei die größte Gruppe. In den Städten der alten Bundesländer liegt der Anteil bei den 15jährigen Jugendlichen sogar bei bis zu 40%. Allerdings ist der Bildungszugang für jugendliche Deutsche und Jugendliche aus Familien mit »Migrationshintergrund« höchst unterschiedlich. Während im Schuljahr 2002/2003 nur 19% der deutschen Kinder und Jugendlichen eine Hauptschule besuchten, lag dieser Anteil bei nicht-deutschen Kindern und Jugendlichen bei 44%. Dagegen besuchten 32% der deutschen Schülerinnen und Schüler und nur 14% der nicht deutschen ein Gymnasium. Eine entscheidende Hürde scheint – neben sprachlichen und sozialen Problemen – die Empfehlung der Grundschulen zu sein, die am Ende der Grundschulzeit (je nach Bundesland nach der 4. bis 6. Klasse) das weitere Leben der SchülerInnen bestimmt. So zeigt sich in Gesamtschulen, die im Gegensatz zu den Gymnasien und Realschulen auch ohne entsprechende Empfehlung der Grundschulen besucht werden können, ein umgekehrtes Verhältnis: der Gesamtschüleranteil liegt bei Jugendlichen aus Familien mit »Migrationshintergrund«

mit 13% deutlich höher als bei den Deutschen mit 8%. Betrachtet man die Bildungsbeteiligung im Zeitverlauf seit Anfang der 1990er Jahre, so lassen sich zwei Entwicklungen markieren: Der Anteil von Kindern und Jugendlichen aus Familien mit »Migrationshintergrund« an weiterführenden Schulen weist einen leichten Aufwärtstrend auf, wobei die Beteiligung an Real- und Gesamtschulen leicht anstieg und bei Gymnasien stagnierte. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich ihr Anteil an den Sonderschulen drastisch; ihr Anteil an den Hauptschulen blieb stabil.
Für Jugendliche mit »Migrationshintergrund« bleibt der Hauptschulabschluss mit 40% der häufigste Schulabschluss. Besonders eklatant ist der Abstand zwischen deutschen und ausländischen Schulabgängern bei der Hochschulreife. Jeder vierte Deutsche verlässt die allgemeinbildende Schule mit dem Abitur; bei den Jugendlichen aus Familien mit »Migrationshintergrund« ist es noch nicht einmal jeder Zehnte.

AUSBILDUNGS- UND ARBEITSSITUATION

Junge Erwachsene mit »Migrationshintergrund« verfügen erheblich seltener als Deutsche über formale Berufsabschlüsse. Trotz des Mangels an Berufsausbildungsplätzen sind junge Erwachsene mit »Migrationshintergrund« auch an den beruflichen Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit nur unterproportional und mit sinkender Tendenz beteiligt (2002/2003: 9,1%). Bei anhaltend überproportionaler Arbeitslosigkeit arbeitet die überwiegende Mehrheit der ArbeitnehmerInnen mit »Migrationshintergrund« nach wie vor in unselbstständiger Tätigkeit, wobei niedrigqualifizierte Arbeits- und Anstellungsverhältnisse dominieren. 1980 waren 76% der türkischstämmigen Erwerbstätigen als ungelernte oder angelernte Arbeiter tätig, während es bei den deutschen 24% waren (1999: 71% zu 25%). Besonders benachteiligt sind junge Frauen mit »Migrationshintergrund«. Trotz ihrer im Durchschitt besseren Schulabschlüsse bleibt ein großer Teil der jungen Frauen (44%) ohne anerkannten Berufsabschluss und damit ohne reelle Chance auf eine berufliche Integration. Zudem ist die Einkommenssituation von türkischstämmigen Migrantinnen schlechter als die der türkischstämmigen Migranten, denn hier wird die Forderung »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« noch weniger erfüllt als in der Gesamtbevölkerung. Es kann daher von einer »Dreifach-Diskriminierung« von Migrantinnen gesprochen werden: Sie sind weitgehend als ungelernte oder angelernte Arbeiterinnen auf unattraktive, weniger gesicherte Arbeitsplätze angewiesen. Als Minoritätsangehörige sind sie rechtlichen (Aufenthaltsrecht) und sozialen (Wohnungs-, Ausbildungs-, Arbeitsmarkt) Diskriminierungen ausgesetzt und als Frauen durch patriarchale Strukturen benachteiligt.

WOHNSITUATION

Die durchschnittliche Wohnfläche von Haushalten mit »Migrationshintergrund« ist mit 74 qm deutlich geringer als jene von deutschen Haushalten mit 90 qm. Zudem sind diese Haushalte größer als deutsche Haushalte (2,7 Personen zu 2,1 Personen pro Haushalt). Familien mit »Migrationshintergrund« verfügen daher im Durchschnitt nur über 27 qm pro Person; bei deutschen Familien sind dies im Durchschnitt fast 43 qm. Wird für die Erhebung der Wohnfläche auch Wohneigentum berücksichtigt, so steigt der Abstand auf über 20% der Wohnfläche.
Bemerkenswert: Trotz der insgesamt schlechteren Wohnversorgung zahlen Familien mit »Migrationshintergrund« höhere Mieten im Vergleich zu deutschen Familien. Die durchschnittliche Kaltmiete von Haushalten mit ausländischem Haushaltsvorstand lag im Jahr 2002 bei 422 Euro gegenüber 407 Euro bei deutschen Haushalten. Am größten sind die Unterschiede der Durchschnittsmieten bei den Haushalten mit einem mittleren Einkommen. Deutsche Haushalte mit einem Nettoeinkommen zwischen 1.100 und 2.000 Euro zahlen im Durchschnitt monatlich 382 Euro für ihre Wohnung; ausländische Haushalte mit gleichem Einkommen jedoch über 8% mehr.

SEGREGATION

Je geringer die finanziellen Möglichkeiten eines Individuums sind, desto geringer sind auch die Wahlmöglichkeiten und damit die Entscheidungen bei der Wohnortwahl. Freiwillige Segregation ist daher insbesondere den oberen sozialen Schichten möglich; die unteren sind dagegen von unfreiwilliger Segregation betroffen. Neben diesen Einschränkungen spielt eine historisch gewachsene Diskriminierung für die räumliche Segregation eine erhebliche Rolle: Mit Beginn der Anwerbeabkommen wurden seit Mitte/Ende der 60er Jahre Mietverträge mit den »Gastarbeiterfamilien« in den Quartieren mit abbruchreifer, beziehungsweise sanierungsbedürftiger Bausubstanz abgeschlossen. In den 80er Jahren verloren die randstädtischen Großsiedlungen stark an Attraktivität für die angestammte Bevölkerung – auch dort kam es in den Folgejahren zu einer starken Konzentration von ZuwanderInnen. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Zuwanderer sich besonders in von Armut und Arbeitslosigkeit betroffenen Gebieten konzentrieren.

GESUNDHEIT

Ein großer Anteil den »Familien mit Migrationshintergrund« ist dauerhaftem psychischem und sozialem Stress ausgesetzt. Entwurzelung, Ohnmachtsgefühle, Rollenverluste, Ungewissheiten für die Zukunft und dauerhafte Notsituationen sind nur einige Beispiele. Migranten sind mit deutlich größeren Morbiditäts- und Mortalitätsrisiken in Abhängigkeit von ihrer sozialen Situation behaftet als Deutsche. Die überhöhten Gesundheitsgefährdungen beginnen bei problematischen Schwangerschaftsverläufen und reichen von Morbidität im Kindesalter über Erkrankungen im Erwachsenenalter bis hin zu den durchschnittlich 10 Jahre früher und auch häufiger auftretenden schweren und chronischen Erkrankungen. Bei ArbeiterInnen fallen die doppelt so hohe Unfallrate und die um ein Drittel höhere Anzahl an Arbeitsunfähigkeitstagen auf. Auch liegt die Lebenserwartung – insbesondere die der Migranten der 1. Generation – erheblich niedriger als die des vergleichbaren deutschen Bevölkerungsdurchschnittes. ‹›

QUELLEN ***Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland*** Beauftragter für Migration, Flüchtlinge und Integration, 2005 Gratisbestellung: Beauftragter für Migration, Flüchtlinge und Integration, Rochusstraße 8 bis 10, 53123 Bonn, E-Mail: as@bmfsfj.bund.de, Internet: www.integrationsbeauftragte.de/gra/publikationen/publikationen_1172.php ***Die Rechte türkischer Migranten in Deutschland*** *Working Papers – Center on Migration, Citizenship and Development* Kathrin Prümm, Überarbeiteter Vortrag auf dem Workshop Almanya-Türkiye Göc Iliskilerinde Yeni Gelismeler, Bilgi-University Istambul, 2003, Internet: www.comcad-bielefeld.de/downloads/workingpaper_2.pdf ***Türkei, Türkische Minderheit in Deutschland,*** Sen Faruk. In: Informationen zur politischen Bildung (Heft 277) 2002, Bestellung: bpb-Vertrieb, DVG, Postfach 11 49, 53333 Meckenheim, Internet: www.bpb.de/publikationen/7LG87X,0,0,T%FCrkische Minderheit in_Deutschland.html ***Sozialmedizinische Aspekte bei der Versorgung von türkischen Patienten in Deutschland,*** Dr.med. Y. Yildirim-Fahlbusch, 2003 Internet: aerzteblatt.lnsdata.de/download/files/X0001098.pdf ***Armes Deutschland, reiches Deutschland*** *Die Tendenz zur Verarmung ist unübersehbar* Regina General. In: Freitag 30. April 2004, Internet: www.freitag.de/2004/19/04190401.php ***Integration und Migration in Berlin*** *Zahlen, Daten, Fakten* Rainer Ohlinger und Ulrich Raiser, 2005, Bestellung: Der Beauftragte des Senates von Berlin für Integration und Migration, Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin, Internet: www.berlin.de/imperia/md/content/sengsv/intmig/doku/zahlen_daten_fakten.pdf

REZENSIONEN ZUM SCHWERPUNKT

DER WEG NACH EUROPA

Wer von uns findet schon zu Hause genügend Platz um auch nur die interessantesten Artikel aus der eigenen Tageszeitung zu sammeln. Schnell kommt den BesucherInnen der Verdacht, dass sie es hier mit einer krankhaften Sammelleidenschaft zu tun haben, insbesondere dann, wenn kein Kohleofen in der Wohnung vorhanden ist. Wer also seinen Gästen solche Ansammlungen von Zeitungspapier, die man selbst großspurig Archiv nennt, nicht erklären möchte, der greift gerne zu den Diensten von Zeitungsarchiven oder professionellen Recherchediensten.
Eine Sammlung von Artikeln unter dem Titel »Der EU Beitritt der Türkei« hat der Recherchedienst der Berliner Tageszeitung »die taz« im September 2005 herausgebracht. Auf 32 Seiten werden die dort erschienenen Artikel der letzten neun Jahren versammelt. Beeindruckend ist die Breite der Argumente, welche die verschiedenen AutorInnen aufbringen, um den Beitritt der Türkei zur EU zu befürworten oder abzulehnen. Dabei drehen sich diese immer wieder um ökonomische, militärstrategische und kulturalistische Erwägungen des Für und Wider eines Beitritts. Gut ist es, dass dann immer wieder die Debatte selbst in einzelnen Artikeln kritisch durchleuchtet wird und damit auch die Interessen und Vorurteile hinter manchen Positionen sichtbar werden. Man bekommt einen relevanten Ausschnitt der Debatte präsentiert und zudem die einzelnen AutorInnen vorgestellt. Dennoch sind zwei kleinere Mängel zu verzeichnen: Zum einen werden die Kriterien der Artikelauswahl nicht genannt, zum anderen weiß man nicht, in welcher Rubrik die Artikel erschienen sind. Beides würde zur besseren Beurteilung der Quelle dienlich sein. Doch letztendlich ist es eine Entscheidung zwischen einer schönen, schmalen Broschüre auf dem Schreibtisch oder einem Stapel grauen, verstaubten Zeitungspapiers. ‹›

Der Weg nach Europa. taz-Diskussionen *Der EU Beitritt der Türkei*. Zusammengestellt vom Recherchedienst der taz, September 2005, EUR 8,00



SIE STEHEN WIEDER VOR WIEN

Der Band *Gehört die Türkei zu Europa?* wird von einem Überblicksbeitrag eröffnet, in dem kurz skizziert wird, dass in den Diskussionen um einen möglichen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union das Konzept der EU überhaupt zur Debatte steht. Hierbei identifizieren die Herausgeber zwei rivalisierende Vorstellungen: Der Konzeption einer EU als politische Union steht die Vorstellung gegenüber, sie müsse angesichts der weltpolitischen Herausforderungen vor allem Sicherheitsunion sein. Ersteres spräche aufgrund der begrenzten Integrationsfähigkeit der EU gegen, Letzteres aufgrund der geopolitischen Lage der Türkei für deren Aufnahme.

Der Direktor des Zentrums für Türkeistudien Faruk Cen argumentiert aus historischer Perspektive zugunsten eines Beitritts: Die EuropäerInnen unterschätzten ihm zufolge ihren Einfluss auf die Türkei, die sich seit ihrer Staatsgründung im 20. Jahrhundert auf dem Weg nach Europa befinde. Aufgrund der gemeinsamen Geschichte von Europa und Türkei könne es gar keine andere Perspektive als die der Vollmitgliedschaft in der EU geben. Ähnlich argumentiert der Hamburger Politologe Hakki Keskin, der zugleich Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Deutschland und seit Oktober Mitglied der Bundestagsfraktion »Die Linke« ist. Er sieht die gemeinsame Geschichte der Türkei mit Europa noch weiter als bis Atatürk zurückreichen. Bei seinem Unterfangen, die Argumente von BeitrittsgegnerInnen zu entkräften, verwirft er das Argument der nicht-europäischen geografischen Lage der Türkei mit dem Hinweis, die Aufnahme oder nicht Aufnahme sei eine politische Entscheidung, keine geografische.

Einen Gegner finden beide im Bielefelder Professor Hans-Ullrich Wehler, für den die Türkei aufgrund ihres Status als muslimischer, klein-asiatischer Großstaat nicht zur EU gehören könne. Interessanterweise führt Wehler einige Punkte an, die auch eher links orientierte LeserInnen zu Skepsis hinsichtlich der Beitrittsfähigkeit veranlassen. Seine Contra-Argumente – Diskriminierung religiöser Minderheiten und Hinweise auf weiterhin verbreitet existierende Folterpraktiken in der Türkei, sowie die Politik Erdogan-Regierung – sind genauso wenig aus dem erzkonservativen Standardrepertoire, wie die Diskreditierung der europäischen Expansionsbestrebungen gen Osten als »wilhelminische Großmannssucht«. Anders als die ebenfalls angeführte These vom fehlenden »europäischen Identitätsbewusstsein« der TürkInnen oder ihrer latenten Aggressivität. Wie auch in Zeitungsinterviews und anderen Artikeln zu dem Thema zögert Wehler kaum, mit kulturalistisch aufgeladenen Thesen zur Unverträglichkeit des Türkei-Beitritts mit der hiesigen Wirtschaft, dem Sozialstaat und der zu befürchtenden massiven Arbeitsmigration aus türkischen Unterschichten zu wettern. Und ist eine Europäische Union, die in großem Stil abschiebt und ihre Außengrenzen zunehmend gegen Flüchtlinge verbarrikadiert, überhaupt eine ernstzunehmende Kritikerin beim Thema Menschenrechte? Dass Keskin dem Historiker Wehler im selben Band vorwirft, hinsichtlich der prognostizierten Beitrittskosten mit falschen Zahlen zu arbeiten, spricht für den emotional aufgeheizten Charakter der Debatte.

Herfried Münkler (Humboldt-Uni Berlin) und Martin Winter (Frankfurter Rundschau) vertreten einen eher geostrategischen Ansatz in der Debatte. Münkler argumentiert für eine starke weltpolitische Rolle der EU als Endziel ihres Integrationsprozesses. Die Union könne sich nicht aus Konfliktherden »wegducken«, schon aus eigenem Interesse müsse sie den Anschluss der Türkei suchen. Dieser sei für eine eigenständige Sicherheitspolitik (auch gegenüber den USA) notwendig. Dazu sei eine Art »gestufte Integration« der Staaten an der Peripherie sinnvoll, auch bezogen auf die Türkei. Münklers Politikberatung läuft daraus hinaus, dass die EU brauchbare Aspekte imperialer Ordnungen nachahme.

Winter hingegen versucht die historischen Argumente einiger BefürworterInnen zu entkräften: Nicht nur relativiert er das vierzig Jahre alte Beitrittsversprechen an die Türkei aus Zeiten des Assoziationsabkommens mit der Folie des Kalten Krieges, sondern er bezeichnet den Kemalismus als Hindernis für eine Aufnahme der Türkei. Unter dem autoritären türkischen Staat stecke mitnichten eine mehrheitlich nach Demokratie schreiende Gesellschaft. Ein Transformationsprozess hin zur Demokratie werde viel länger dauern, als es bislang diskutiert werde. Seine These, die Türkei könne eben keine »Brückenfunktion« in den Nahen Osten und zu den muslimischen Staaten für die EU herstellen, liest sich wie eine Absage an Münklers geostrategisch-imperiale Überlegungen.

Ebenfalls kritisch zu den innergesellschaftlichen Verhältnissen meldet sich der Hamburger Rechtswissenschaftler Otto Luchterhandt zu Wort. BeitrittsbefürworterInnen dürften an seinen Hinweisen auf die bis heute eklatanten Vergehen türkischer Regierungen in der Armenien-Frage schwer zu schlucken haben. Nicht nur leugne der türkische Staat beharrlich, dass es Anfang des 20. Jahrhunderts den Völkermord des Osmanischen Reiches an Armeniern gegeben habe, es werde diese Sichtweise auch absichtlich innergesellschaftlich propagiert und Druck auf diplomatische PartnerInnen ausgeübt, sich der Geschichtsklitterung anzuschließen. Auch die Verstöße der Türkei gegen die Religionsfreiheit hätten nach wie vor systematischen Charakter: Der türkische Laizismus, so die vertretene provokante These, sei nur Tarnmantel für die in Wahrheit staatlich sanktionierte Förderung des sunnitischen Islam. Es gebe keine kollektive rechtliche Grundlage für nicht-muslimische Religionsgemeinschaften, deren Diskriminierung bis zu »administrativer Erdrosselung« reichten.

Insbesondere die Beiträge von Wehler und Luchterhandt widersprechen der (von den Herausgebern dankenswerterweise als Anhang im Band abgedruckten) Mitteilung der Europäischen Kommission an den Rat und das EU-Parlament, in der die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen empfohlen wird. Zumindest hätte der dort etabliert Standpunkt des »Ja, aber« zu Beitrittsverhandlungen mit der Türkei um Einiges kritischer ausfallen müssen. So findet sich dort auf den skandalösen Umgang der Türkei mit der Armenien-Frage kein einziger Hinweis. Angesichts der stichhaltigen Zweifel an den innertürkischen Reformprozessen wirken die beiden Beiträge zur Kommissionsmitteilung von Claus Leggewie und Sabrina Giesendorf (Uni Gießen) als auch von Emanuel Richter (RWTH Aachen) ein bisschen blauäugig. Der den Reformfortschritten der Türkei interessierte Beitrag der Gießener weist darauf hin, dass die EU-Kommission für die jährlichen Fortschrittsberichte aus der Türkei sich auf deren lokale und nationale Behörden stützt – und das, obwohl eben diese Behörden selbst Gegenstand scharfer Kritik (siehe oben) und erheblicher Korruptionsvorwürfe sind! Dies müsste in den Augen der Diskutierenden die Fortschrittsmeldungen aus der Türkei relativieren oder zumindest mit einem Fragezeichen versehen.

Emanuel Richter konzentriert sich auf den »Subtext« der aktuellen Debatte um den möglichen Beitritt. Sowohl AblehnerInnen als auch BefürworterInnen verkennen den Charakter der EU,

weil es den Widerspruch zwischen Vertiefung und Ausweitung schon vor der EU-Osterweiterung gegeben hätte. Weil hier die Entscheidung zugunsten der Expansion schon gefallen sei, werde der Beitritt der Türkei deutlich harmloser ausfallen als befürchtet. Richter teilt stark gegen BeitrittsgegnerInnen aus, wobei er vor allem das kulturalistisch argumentierende konservative Lager ins Visier nimmt. Auch Münklers imperiale Visionen erhalten eine Absage. Seine befürwortende Haltung zum Kommissionsbericht und sein Beitritts-Plädoyer erscheinen im Lichte der vorangegangenen, kritischen Beiträge ein wenig leichtfertig, vor allem weil auch die aus demokratietheoretischer Perspektive relevanten Aspekte der Erweiterung (finanzielle Herausforderung, politische Machtverschiebungen zum Beispiel bei Stimmverteilung usw.) übergangen werden.
Insgesamt verschafft der Band einen guten Überblick über die verschiedenen Diskussionsstränge, um welche die Frage des Türkei-Beitritts kreist. Ein wenig schade ist, dass aufgrund des Zeitpunkts der Fertigstellung die Beiträge keinen Bezug auf die gescheiterten Referenden zur EU-Verfassung in Frankreich und den Niederlanden nehmen können. Ein wenig enttäuscht zudem, dass keine zivilgesellschaftlichen AkteurInnen aus der Türkei selbst zu Wort kommen, da deren Position angesichts der erhobenen, schweren Vorwürfe die Debatte um einen wichtigen Gesichtspunkt erweitern könnten.
Die Diskussion wird mit Sicherheit spannend und emotional bleiben. ‹›

Gehört die Türkei zu Europa? *Wegweisungen für ein Europa am Scheideweg.* Helmut König und Manfred Sicking (Herausgeber), Transcript Verlag, Bielefeld 2005, EUR 22,80



... ICH BIN STOLZ, TÜRKE ZU SEIN!

In seiner vom Wochenschau-Verlag herausgegebenen Dissertation geht Kemal Bozay der Frage nach, inwiefern die Ausgrenzung in Deutschland lebender Menschen mit Migrationshintergrund, hier in erster Linie »türkische« Jugendliche, »über den Umweg ethnisch-nationalistischer Ideologeme und ihrer in Deutschland ausgeprägten Organisationsformen ... eine rigide »türkische« Identität im Sinne einer Selbstethnifizierung vermittelt bekommen.« Gut auf den Punkt gebracht wird diese Problematik von der im Verlauf der Untersuchung Interviewten Jugendlichen: »... sie haben uns mit Zwang daran erinnert, das wir Türken sind.«
Bozay versucht mit seiner soziologischen Forschungsarbeit einen Zusammenhang zwischen der immer stärkeren Trennung des Lebens der MigrantInnen in Deutschland vom Alltag der Mehrheitsgesellschaft einerseits und dem Zulauf junger Türken zu ethnisch-nationalistischen, rechtsextrem-türkischen und islamisch-fundamentalistischen Verbänden andererseits, anhand von Einzel- und Gruppeninterviews empirisch zu belegen.
Dazu wird weit ausgeholt: nach einem kurzen Auffächern der Problemstellung und des Forschungsstands im ersten Kapitel beginnt der Autor mit einer ausführlichen Klärung des komplexen Zusammenhangs von Globalisierung, Migration, Nationalismus und »Nationaler Identität«, um in diesem Kontext den aktuellen Ethnisierungsdiskurs gesellschaftlicher Konflikte darzustellen. Mit diesem Vorlauf beginnt der Verfasser im zweiten Drittel des Buchs die historischen und politischen Hintergründe des »türkischen« Nationalismus auszuleuchten. Im Anschluss daran kommt er auf die in Deutschland aktiven rechtsextremen türkischen Organisationen zu Sprechen. Es werden einzelne Vereine und Verbände in ihrem politischen Selbstverständnis dargestellt und ihre Organisationsstruktur nachgezeichnet.
Auf der Hälfte des Buches erreicht der Autor seinen eigentlichen Forschungsgegenstand. An dieser Stelle wird es sehr fachspezifisch, da es hier um die Einordnung der Untersuchung in den aktuellen Forschungsstand und die Grundlegung der angewandten empirischen Untersuchungsmethode geht.
Spannend ist das Interviewmaterial. Nachgezeichnet werden die biografischen Verläufe dreier Jugendlicher türkischsprachiger Herkunft. In den daran anschließenden Gruppendiskussionen zeigt Bozay exemplarisch, dass »Einstellungen, Orientierungen und Erfahrungen, die in ähnlicher oder teilweise ähnlicher Form auch bei anderen Migrantenjugendgruppen ... anzutreffen sind.« Das Buch endet mit einem Ausblick auf praktische antirassistische und interkulturelle Präventions- beziehungsweise Interventionsansätze. Doch stellt der Autor klar, dass »eine Verbesserung der Lebenswelten und -einstellungen Jugendlicher mit türkischsprachigen Migrationshintergrund nicht nur eine Herausforderung für Bildungs- und Freizeiteinrichtungen sind.« Es bleibe in diesem Kontext nach 40-jähriger Migrationsgeschichte fatal immer noch von einer »deutschen Gesellschaft« zu reden, in die Zuwanderer zu »integrieren« wären. Es gelte, allen gesellschaftlichen Gruppen die gleichen Chancen zukommen zu lassen. ‹›

»... ich bin stolz, Türke zu sein!« *Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte im Zeichen der Globalisierung.* Kemal Bozay, Wochenschauverlag, Schwalbach 2005, EUR 29,80



NOCH SO'N DING, UND DU WIRST ABGESCHOBEN!

Mit diesem wenig zimperlichen Satz versucht der Lehrer einer Neuköllner Schulklasse, einen seiner Schüler zur Ordnung zu rufen. Zu dieser ist auch gerade der 15jährige Michael Polischka (David Kross) dazugestoßen. Die weitere Handlung des Films will es, dass dieses rüde Verhalten sich in der Klasse immer größerer Beliebtheit erfreut. Auch Michael wird bald keine Zurückhaltung gegenüber seinen Mitschüler zeigen.
Mit dem Erlös aus Einbrüchen werden Alkohol und Videospiele finanziert, die kleine Fluchten aus der Realität Neuköllns erlauben. Doch die kleinkriminelle Idylle, die als einziger Lichtblick in dem mehr als tristen Schul- und Lebensalltag erscheint, währt nicht lange: Die Gang des Großmauls Erol (Oktay Özdemir) verprügelt Michael und verlangt mehrmals Schutzgeld. Die Rettung naht in Form von Hamal, der Michael mit seinen Schergen nicht nur vor Erols Messerkünsten rettet, sondern ihn als Kurier in seinen Clan aufnimmt. Kurierdienste für Drogen – versteht sich. Erstmals erhält Michael sowohl regelmäßig Geld (und das nicht zu knapp), als auch Anerkennung für das, was er tut und auch Erols Gang traut sich nicht mehr, Michael zu belästigen. Doch diese Glückssträhne währt nicht ewig. Sie endet für Michael in einem Alptraum. Die Filmbewertungsstelle in Hessen hat dem neuen Film von Detlev Buck das Prädikat »besonders wertvoll« verliehen. Der Film, so die Bewertungsstelle »übertreibt nicht, das Filmende hallt lange nach. Detlev Bucks mutiger, fast dokumentarischer Film erzählt jenseits des Fernseh-Üblichen von der Gewalt in unserer Gesellschaft«. Die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft (FSK) verlieh die Freigabe ab 12 Jahren, was in Anbetracht der Gewaltdarstellungen von und gegen Jugendliche zumindest fragwürdig erscheint.

»Ein beklemmender Film, der nichts beschönigt... beeindruckend«, so wird der Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky zu dem Film zitiert. Im Presseheft sagt er in Anspielung auf die Krawalle in den französischen Banlieus: »Paris ist wie ein Schlüsselloch in unsere Zukunft, wenn wir die Integrationspolitik weiterhin so halbherzig wie bisher betreiben.« Dies markiert den Tenor der öffentlichen Diskussion um »Knallhart«, die im Wesentlichen um die Integrations- und Multikulturfrage kreist.
Detlev Buck, bisher in erster Linie für Komödien bekannt, sucht mit Knallhart zu zeigen, dass er auch anderes inszenieren kann. Hierbei verfällt er leider der Versuchung, sein Image um jeden Preis hinter sich zu lassen: »Knallhart« leidet unter zum Teil hanebüchenen Dialogen und unmotiviert-penetranten Musikeinspielungen. Allerdings ist die größte Schwäche des ansonsten nicht uninteressanten Filmes, dass die Problemsituation Neuköllns (stellvertretend für alle Gegenden mit hohem MigrantInnenanteil) allein auf die Integrationsfrage, und nicht genug auf andere gesellschaftliche Widersprüche zurückgeführt wird. Buck macht es sich zu leicht, wenn er im Interview meint: »Wenn Teenager aus unterschiedlichen Nationen in einer Klasse hängen, muss es Reibereien geben«. Die Frage sozialer Deklassierung setzt der Film vorschnell und oberflächlich mit fehlender Integration gleich, deswegen bleibt die Rolle der allein erziehenden, jungen Mutter eindimensional beschränkt, so sehr Elvers-Elbertzhagen auch versucht, gegen ihr Image anzuspielen. ‹›

Knallhart Deutschland 2005, 99 Minuten, Regie: Detlev Buck, Buch: Zoran Drvenkar, Gregor Tessnow



DEBATTE

TARIQ RAMADAN UND DIE ISLAMISIERUNG EUROPAS

CHRISTOPH BURGMER

Tariq Ramadan gilt vielen als moderat, manchen gar als islamischer Modernisierer. Durch sein angeblich neues Verständnis des Islam trüge er zur Integration der Muslime im Westen bei. Ramadan entwickle eine mit »europäischen Werten« zu vereinbarende Islamauslegung, sagen seine Bewunderer. Diese werde sich auch auf einen oft geforderten, wie immer sich darstellenden »Modernisierungsprozess« in der islamischen Welt auswirken. Tariq Ramadan also ein Martin Luther des Islam, ein Reformator eines erstarrten islamisch religiösen Weltverständnisses, ein Vordenker eines demokratischen islamischen Weltbürgertums? Er selbst sieht sich gerne so. Und auch in deutschen Medien, auf Symposien und Tagungen wird der Schweizer Staatsbürger gerne so präsentiert. Als die USA dem »Islam-Gelehrten« und »Philosophen«, wie ihn der Spiegel erst kürzlich nannte, 2004 die Einreise zum Antritt einer Gastprofessur verweigerten – übrigens an einer erzkonservativen katholischen Universität – reagierte man gelassen. Schließlich wurde sogar amerikanischen Staatsbürgern wie dem zum Islam konvertierten Popsänger Cat Stevens nach September 2001 die Wiedereinreise verweigert. Und auch als Ramadan einen Sturm des Protestes in Frankreich dadurch auslöste, dass er jüdischen Intellektuellen wegen ihrer angeblich bedingungslosen Unterstützung Israels »jüdischen Kommunitarismus« vorwarf und damit den klassischen Antisemitismus einer globalen jüdischen Weltverschwörung zugunsten Israels bemühte, schaute man hierzulande wohlgefällig weg. Selbst als er sich im November 2003 während einer Diskussion im französischen Fernsehen weigerte, die Steinigung einer Frau zu verurteilen, sah man darin nicht viel mehr als einen Fauxpas. Dabei liegt Ramadans Attraktivität vor allem darin, dass er seine Glaubwürdigkeit aus einem ähnlich ahistorischen Begriff von Kultur, Geschichte und Religion bezieht wie viele Zivilisationskrieger Europas. Er spricht die Sprache seiner Gegner. Das Wort eines »Muslims«, in der Schweiz geboren und in Islamwissenschaft promoviert, »muss« repräsentativ für Muslime sein. Die auf religiöser und kultureller Identitätsdefinition fixierten deutschen Kulturkämpfer jedenfalls bestehen darauf.

»Seine interkulturelle Kompetenz setzt Ramadan meisterhaft und bewusst ein... (Er) findet Unterstützung in linken und feministischen Kreisen, und seine Kritik an der Dekadenz des Westens wird von manchen Globalisierungsgegnern antiimperialistisch interpretiert. Sein Referieren über Spiritualität und Religiosität sichert ihm die Sympathie mancher Theologen und mit seinem Identitätsdiskurs hat er die Multikulturalisten auf seiner Seite.«

Ralph Ghadban, 1949 im Libanon geboren und seit 1972 in Deutschland lebend hat die Ideenwelt Ramadans analysiert. Endlich, so muss man aufatmend betonen. Zwar wird viel, auch polemisch und kontrovers über Tariq Ramadan diskutiert, aber seinen Kritikern wirft er Unverständnis und fehlende Detailkenntnis seiner Schriften vor. In seinen Interviews schwadroniert Ramadan denn auch gerne über Brücken zwischen den Welten, die es zu bauen gälte. Vom Dialog der Kulturen, richtig befördert, profitierten beide Seiten. »Wir müssen kapieren«, sagte er in einem Interview, »dass ob wir gewinnen oder verlieren, es zusammen tun werden«. Was die beiden Kulturen seien und wie er, Ramadan sie definiert – deutsche Medien, interessiert das nur oberflächlich. Außerdem spricht Ramadan nur mit ihm gewogenen Journalisten. Ralph Ghadban wählt einen anderen Weg.

»Ich konzentriere mich im Wesentlichen auf Ramadans Methode, weil ich meine, dass eine richtige Einschätzung der Grundlagen seines Denkens...besser zum Verständnis seiner Position beiträgt und ihre scheinbare Ambiguität ausräumen kann.«

Die Studie, ist eine wichtige Arbeit zur gegenwärtigen Ideologiebildung des Islam in Europa. Ralph Ghadban verdeutlicht, basierend auf detaillierter Kenntnis der islamischen Geschichte, wie Ramadan die liberalen Positionen der so genannten »nahda«, der islamischen Renaissance bewusst verwirft. Diese intellektuelle Strömung hatte sich Ende des 19. Jahrhunderts als Reaktion auf den europäischen Versuch formiert, den islamischen Orient nicht nur militärisch und ökonomisch zu unterwerfen, dies war schon anderen Eroberern gelungen. Der Islam sollte zugleich als Kultur beseitigt werden. Die Religion sei, argumentierten die damaligen europäischen Zivilisationskrieger, an Schwäche und Rückständigkeit der islamischen Länder schuld. Die islamischen Intellektuellen dagegen sahen als Ursache für die technische und gesellschaftliche Rückständigkeit der islamischen Länder eine fehlende, an die modernen Bedingungen angepasste Auslegung der Religion. Sie forderten dazu auf, den Islam zu reformieren. Ralph Ghadban belegt zweifelsfrei, dass Tariq Ramadan eine solche moderne Islamauslegung, wie sie zum Beispiel von dem ägyptischen Intellektuellen Nasr Hamid Abu Zaid heute pointiert vertreten wird, ablehnt. Ramadan ist vielmehr davon überzeugt, dass nicht der Islam den veränderten Bedingungen angepasst werden muss, sondern gesellschaftliche Verhältnisse dem richtigen Islamverständnis. Und dieses Islamverständnis ist dem klassischen Schlachtruf der Muslimbrüder »Der Islam ist die Lösung« verpflichtet. Seine politische Islamauslegung ist ein Grund, warum Ramadan in der islamischen Gelehrsamkeit nicht akzeptiert wird. Neu an Tariq Ramadan ist lediglich, dass er Europa als islamisches Missionsgebiet definiert. Schließlich lebten Muslime bereits in der dritten Generation hier.

»Die forcierte Gemeinsamkeit (des interreligiösen Dialogs) bezweckt eigentlich die Rechtfertigung der Gleichberechtigung der Religionen, unabhängig, ob sie sich im Einklang mit den Anforderungen der Menschenrechte befinden oder nicht. Alle Glaubensinhalte sind dann legitim, egal, ob es um das Kastensystem der Hindus oder die minderwertige Position der Frau im Islam geht.«

Ghadban erklärt ausführlich das von Ramadan verwendete islamisch politische Vokabular und verdeutlicht damit die Modernität der Politisierung des Islams im 20. Jahrhundert. Einer Politisierung, die nicht, wie es die wichtigsten Philosophen der Nahda forderten, dazu geführt hat, den Islam durch Neuinterpretation an die modernen Bedingungen anzupassen. Heute ist das Gegenteil die Munition in der Ideologie des Kulturkampfes der Muslimbrüder gegen den Westen geworden. Nicht der Islam wird falsch ausgelegt, sondern die modernen gesellschaftlichen Regeln sind falsch. Tariq Ramadan folgt genau dieser Ideologie. Global gültige politische Begrifflichkeiten verengt er zugunsten einer kulturspezifisch verengten islamischen Definition, der er wiederum globale Gültigkeit zuspricht. Wenn Ramadan in einem Spiegel-Interview zur Frage der Mohammed Karikaturen davon spricht, »der Vernunft mehr Gehör zu verschaffen«, so geht er beim westlichen Leser davon aus, dass der den Begriff der Vernunft in der Tradition der Aufklärung versteht. Vernunft, in der Interpretation der Muslimbrüder, meint jedoch etwas anderes: Vernunft wird dem zuteil, der sich als Muslim bedingungslos dem Willen Gottes unterwirft. Auf welchen Vernunftbegriff bezieht sich nun aber Tariq Ramadan? Nach Ghadbans eingehender Analyse der Schriften glaubt Tariq Ramadan an zwei Wertesysteme: »... Das westliche ruht auf der menschlichen Vernunft, das islamische auf dem Willen Gottes. Der Ausgang der Konfrontation ist voraussehbar: Gott wird gewinnen. Ramadan trägt zu dieser Theorie die Prognose bei, dass diese Konfrontation sich in Zukunft in den Westen verlagern wird. Ramadan betreibt Euro-Islam und predigt unter der zweiten und folgenden Generation, und die Riege der Muslimbrüder liefert die ideologische Grundlage.«

Ralph Ghadbans Studie belegt, dass Tariq Ramadans Weltbild auf einen islamischen Herrschaftsanspruchs zielt. Wer jedoch die tatsächlich schon längst vollzogene Säkularisierung wieder aufheben will, dessen Gedanken- und Ideenwelt basiert auf totalitären Grundmustern. Dies gilt offenbar auch für Tariq Ramadan, der sich mit allen Mitteln gegen jede weltliche und für eine islamische Bildung einsetzt. Die sogenannte »Wertediskussion« des ausgerufenen Kulturkampfes, die Verpflichtung auf »Leitkulturen« verhindert die politische Analyse der tatsächlichen globalen ökonomischen, politischen und kulturellen Machtverhältnisse, wie nicht nur die Auseinandersetzung um die Mohammed Karikaturen gezeigt hat. ‹›

Tariq Ramadan und die Islamisierung Europas Ralph Ghadban, Schiler Verlag, Berlin 2006, EUR 17,00

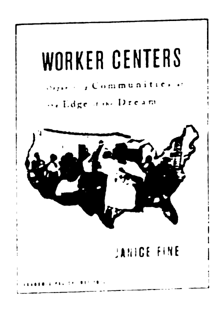


KURZ VORGESTELLT

WORKERS

Vor dem Hintergrund der Arbeitsmigration von jährlich 500.000 Menschen, die die Grenzen der USA überschreiten, und dem sukzessiven Zerfall traditioneller Organisationen, die jene einst bei der Integration unterstützten, hat sich über die letzten Jahre in den USA ein neues System von migrantischen »Workers Centers« entwickelt. Von 5 Zentren 1992 explosionsartig auf heute 130 Zentren in 80 Städten angewachsen, bieten diese Zentren Informationen und Rechtsberatung zu Arbeitnehmerrechten, sowie Schulungen zum Arbeitsrecht und Englisch als Zweitsprache. Entscheidender ist jedoch die Funktion der Zentren als Raum der Selbstorganisation migrantischer, prekarisierter ArbeiterInnen im Kampf für eine rechtliche Absicherung von Arbeitnehmerrechten. Bushs Vorschläge zur Einführung eines neuen zeitlich begrenzten Arbeitnehmer- beziehungsweise Saisonarbeiterprogramms, die für kurzfristige, befristete Arbeitsverhältnisse plädieren und damit dauerhafte Einwanderung verhindern wollen, drohen, diese Strukturen zu untergraben. So Janice Fine: »The president's proposal for a guest worker program is a gift to employers who are reliant in this work force – but will do nothing to ease the plight of low wage immigrant families.«
Workers Centers bietet einen einzigartigen Einblick in die Strukturen und den Kontext der Workers Centers in den USA, in ihre Funktion an den Frontlinien der Kämpfe um Arbeitnehmerrechte und soziale Gerechtigkeit, ihre Beziehungen zu Gewerkschaften, ihren Praktiken und Vernetzungsbemühungen mit NGOs und Gewerkschaften und ihrer internen Organisations- und Solidaritätsformen.

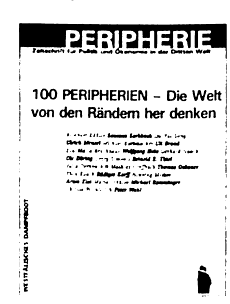
***Workers Centers** Organizing Communities at the Edge of the Dream.* Janice Fine, Cornell University Press; New York 2006, USD 21,95



PERIPHERIE

Der 100. Band der Zeitschrift Peripherie, die 2005 ihr 25jähriges Bestehen feierte, ist erschienen. Sie geht in ihren Beiträgen über die Notwendigkeiten der Entwicklungshilfepraxis hinaus und reflektiert die Verhältnisse der Welt. Und diese stellen uns einmal mehr vor neue Herausforderungen des Denkens und Handelns. Die Fragen die sich aus dem Zusammenbruch des Ostblocks, der Proklamation einer neuen Weltordnung, den Ergebnissen der Dekolonialisierung und des vermeintlichen Endes der dritten Welt ergeben, harren immer noch ihrer Antworten. Auf der Suche nach Antworten und Ansatzpunkten für eine emanzipatorische Praxis bearbeiten die AutorInnen in diesem Band vier Themenfelder: In einem ersten Teil kommen Stimmen über und aus der Peripherie zu Wort. Daran anknüpfend folgen Beiträge über den Stand der entwicklungstheoretischen Diskussion und die Un-Tiefen entwicklungspolitischer Praxis. Abschließend beleuchten die AutorInnen unter dem Titel »Solidarität: Wer, mit wem, für was?« die Frage nach der Möglichkeit globaler Solidarität und emanzipativen Bewegungen.
Mit dem vorliegenden Band hat die Peripherie ihren LeserInnen einen Geburtstagsstrauß aus kurzen, in freier Form abgefassten und zum Teil anekdotenhaften Diskussionsbeiträgen zusammengestellt.

***Peripherie 100** Die Welt von den Rändern her denken.* Wissenschaftliche Vereinigung für Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik e.V., Westfälisches Dampfboot; Münster 2005, EUR 14,90



HITLER KEBAB

Die einen retten zusammen mit den USA den Irak, die anderen wollen die türkisch-muslimischen Männer befreien und wiederum andere die Meinungsfreiheit der Karikaturisten vor dem »menschenrechtswidrigen« Zugriff der Muslimhorden bewahren. Das bestechende an einfach gestrickten Feindbildern ist nicht, dass sie ihren Verkündern zu einer (an die mission civilisatrice des 19. Jahrhunderts erinnernde) messianischen Identität im Spätkapitalismus verhelfen, sondern dass es, mangels Interesse an politisch-wirtschaftlicher Analyse, kaum auffällt, dass den Zivilisationskriegern allesamt nichts originell Neues eingefallen ist. Gott selbst (Der christliche! Oder doch Allah? Oder gar beide gemeinsam.) tanzt wild in ihren Köpfen. Solche Verhältnisse sind ganz schön verwirrend. Aber mit denen hat Gott ja nichts zu tun. Gott sei Dank haben die fünf Millionen Arbeitslose, darunter die meisten Deutsche, keine Ahnung von solcherart Gesellschaftsedutainment.
Anders dagegen Lehrer, Sozialarbeiter und Journalisten. Sie reichern die Verhältnisse gerne mit persönlichen Erfahrungen an, damit sie ihnen verständlich werden: »Neulich hatte ich zwei Schüler, die waren trotz aller gebotenen Möglichkeiten vollkommen integrationsunwillig«. Doch Stopp. Wie gut, dass all dies nichts mit Serdar Somuncu zu tun hat. Er ist weder Schüler, noch Deutscher, noch Türke, überhaupt: er ist nur Schauspieler. Gott sei Dank auch integrationswillig. Er ist fein raus. Er liest den Deutschen lange Jahre aus Hitlers *Mein Kampf* vor, ist Träger des *Goldenen Edmund Stoiber Siegels für angepasste Kanaken,* hat es im demokratischen Deutschland nicht schwer. Da ist es auch Lehrern, Sozialarbeitern und Journalisten egal, ob er Türke, Schüler, Muslim oder einfach Schauspieler ist. Hauptsache er ist ein guter Deutscher. Aber genau das scheint Serdar Somuncus Problem zu sein.

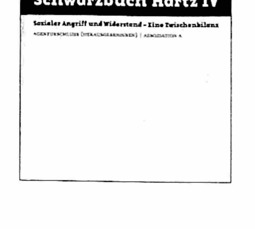
Hitler Kebab *Serdar Somuncu.* Label: Feez (Sony BMG), Audio CD, EUR 14,99



HARTZ IV

Die Besetzung der Arbeitsämter in einigen deutschen Städten im Januar 2005 markierte den Beginn einer umfassenden Untersuchungsarbeit. Für die weiteren politischen Interventionen in den Ämtern, auf den Straßen, an den Ein-Euro-Einsatzstellen und vor den Privathäusern von Amtsleitern benötigte Agenturschluss vor allem Informationen. Die Aktiven starteten bundesweite Befragungen von Arbeitslosen zu ihrer Situation, zu Praktiken der Ämter, Einsatzstellen und Arbeitsbedingungen für Ein-Euro-JobberInnen und den Auswirkungen von Hartz IV.
Das Schwarzbuch Hartz IV bietet eine Zwischenbilanz dieser Aktivitäten. Neben einer theoretisch-praktischen Einordnung und Bewertung des fortschreitenden sozialpolitischen Angriffs und einer generellen politökonomischen Analyse des Neoreformismus beleuchten die Autoren schlaglichtartig Widerstände und Visionen des Sozialen jenseits von Arbeit und Staat.

Schwarzbuch Hartz IV *Sozialer Angriff und Widerstand – Eine Zwischenbilanz.* Agenturschluss (Herausgeber), Berlin und Hamburg 2006, EUR 11,00



AUSGELAGERT

Seit einem Jahrzehnt ist das Mittelmeer zu einem trennenden Graben geworden, der in Europa als natürliche Gegebenheit präsentiert wird. Dieser ist mit der jüngsten EU-Osterweiterung noch tiefer geworden, mit der gleichzeitig die Länder jenseits der neuen EU Außengrenzen in einer neuen Raumordnung graduell abgestuft wurden. Damit einher geht ein monströser Grenzausbau gegenüber den »gefährlichen Klassen«, die sich durch Armut, Migration und Unberechenbarkeit auszeichnen.
Das Heft vereint informierende und analysierende Artikel zu exterritorialen Flüchtlingslagern und zur EU Abschottung im Mittelmeer-Raum mit längeren Recherchen zur Mittelmeermigration, die schon auf ihre Veröffentlichung gewartet hatten. In einem dritten Teil werden Gegenaktionen dokumentiert. Insgesamt eine gute Materialsammlung zum Thema mit einem hervorragendem Beitrag von Helmut Dietrich (FFM) zum neuen Abschreckungsraum Mittelmeer, der eine genaue Beschreibung der angewandten Kontrollsysteme, ihrer gesellschaftlichen Auswirkungen und ihrer Rückwirkungen auf die staatlichen Formierungen liefert.

AusgeLAGERt. *Exterritoriale Lager und der EU Aufmarsch an den Mittelmeergrenzen,* Flüchtlingsrat Niedersachsen, Komitee für Grundrechte und Demokratie, Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Assoziation A, Berlin und Hamburg 2005, EUR 10,00



BACKLIST

2005 NUMMER 47 Produktionen des Westens **46** Lechts und Rinks **2004 45** Migration von Frauen *vergriffen* **44** Migrationsmanagement *vergriffen* **2003 43** Antiziganismus **42** 911–Turbo **2002 41** Monster AG **40** Blitzkulturen **2001 39** Antisemitismus *vergriffen* **38** Abschiebeknäste **2000 36/37** Zimmer ohne Aussicht **35** Schengenland **34** Islambilder **1999 33** Konzepte antirassistischer Arbeit **32** Die Bilder-Zag **31** Gesundheit als Privileg **30** Das Ende der Tabus **1998 29** Sport und Rassismus **28** Innere Sicherheit light – Alternative Sicherheitskonzepte **27** Antirassistische Jugendarbeit **26** MigrantInnen **1997 25** Arbeit mit Illegalisierten – Wege aus der Illegalität **24** Globale Migrationskontrolle **23** Mobilität **22** City 2000 **1996 21** Balkan, Krieg und Flucht **20** Ökologie **19** Einwanderungspolitik **18** VietnamesInnen in Berlin, Gemeinsame Ausgabe mit Arranca! *vergriffen* **1995 17** Alltag-Kultur-Rassismus **16** Europa **15** Illegalisierung *vergriffen* **14** Deutscher Antirassismus? Gemeinsame Ausgabe mit Off Limits **1994 13** Polizei und Justiz **12** Rassismus und Soziale Frage **11** Innere Sicherheit **10** Rassismus und Bildung **1993 09** Bleiberecht für VertragsarbeiterInnen *vergriffen* **08** Ausweisung und Abschiebungen *vergriffen* **07** Rassismus und Bildung *vergriffen* **06** Gleiche Rechte für alle/Lagerkampagne *vergriffen* **1992 05** Roma/Rostock *vergriffen* **04** Los Angeles, Mannheim, Hoyerswerda *vergriffen* **03** Wer schweigt, stimmt zu **02** Greift ein! Schaut nicht weg **1991 01** Rassismus tötet *vergriffen*

DIE ZAG IM ABONNEMENT www.zag-berlin.de **oder** ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin **Vier Ausgaben** kosten EUR 14,00 inklusive Versandkosten (Ausland EUR 20,00). Lieferung nur bei vollständig ausgefüllter Bestellung und Überweisung (Name, Adresse Wohnort). Überweisungen ohne Angabe von Name oder Abo-Nummer können nicht gebucht werden! Wer die Arbeit der ZAG zusätzlich unterstützen will, der zeichne ein Förderabo oder spende an die Antirassistische Initiative. Spenden sind steuerlich absetzbar. Läden, Buchhandlungen oder Gruppen, die mindestens 5 Ausgaben pro Nummer bestellen, erhalten die ZAG auf Wunsch auf Kommission und mit 20 Prozent Wiederverkäuferrabatt. Ältere Ausgaben der ZAG, soweit nicht vergriffen, können bei uns nachbestellt werden.



ZAG
c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof
Gneisenaustraße 2a
D-10961 Berlin

Ich abonniere die ZAG und erhalte vier Ausgaben zum Preis von EUR 14,00.
Das Auslandsabo zu EUR 20,00
Das Förderabo in Höhe von EUR
Antirassistische Initiative Berlin e.V.
Bank für Sozialwirtschaft e.V.
BLZ 100 205 00
Stichwort ZAG
Kontonummer 3039601
Name Adresse

IMPRESSUM

HERAUSGEBER Antirassistische Initiative e.V. **DIE ZAG** ist eine autonome AG der ARI. Die Artikel geben nicht immer die Meinung der gesamten Antirassistischen Initiative wieder. **REDAKTIONSANSCHRIFT** ZAG, c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V. im Mehringhof, Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin **Telefon** 785 72 81 **Fax** 691 30 05 **E-Mail** redaktion@zag-berlin.de **Internetz** www.zag-berlin.de **BANKVERBINDUNG** ZAG Antirassistische Initiative e.V., Stichwort ZAG, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, ZAG-Kontonummer 3039601, ARI-Kontonummer 3039600 **GRAFISCHE GESAMTGESTALTUNG** Brigade Neuroth im Exil **DRUCK** Bodoni Museum zu Berlin **GEWERBLICHE ANZEIGEN** Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 01. April 2001 **V.I.S.D.P.** dieser Ausgabe Brigitte Lötsch